Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Danziger Volksstimme

Bezugspreis monatlich 2,00 Gulden, wöchentlich 0,50 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 8-gesp. Zeile 0,30 Gulden, Reklamezeile 1,[illegible] Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 62 — Donnerstag, den 13. März 1924 — 15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6. Postscheckkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290

Der Reichstag vor seiner Auflösung

heute nachmittag durch Beschluß der Reichsregierung.

Aus Berlin wird gemeldet:

Wenn nicht noch unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, wird es heute zur Auflösung des Reichstags kommen. Auf der heutigen Tagesordnung stehen außer der dritten Lesung des Golddiskontbankgesetzes nur noch kleinere Vorlagen, die in kurzer Zeit erledigt werden dürften. Man hofft, bereits um 2 Uhr mit den Schlußabstimmungen fertig zu sein. Die Reichsregierung wird dann die von den Sozialdemokraten und Deutschnationalen beantragte Spezialdebatte über die Notverordnung ablehnen und der Reichskanzler den Reichstag auflösen.

Nach der gestrigen Reichstagssitzung hielt die sozialdemokratische Fraktion eine Fraktionsberatung ab. Sie lehnte den Antrag der Koalitionsparteien, der Einschränkung der Wahlversammlungen während der Osterzeit fordert, ab, ebenso den Antrag der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums, die Wahlen am 12. April vorzunehmen. Die Neuwahlen dürften voraussichtlich vor Mitte Mai nicht stattfinden. Von einem Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Marx hat die Fraktion Abstand genommen.

Im Reichstag wird erwogen, das Diätengesetz dahin zu ändern, daß die Freifahrtkarten der Abgeordneten anstatt bis acht Tage nach Schluß der Tagung bis zu den Neuwahlen gültig bleiben. Von einer Aufrechterhaltung der Diäten selbst bis zu den Neuwahlen ist keine Rede.

*

Keine Neuwahl des Reichspräsidenten.

Im Reichstag begründete gestern der deutschnationale Abgeordnete Schultz-Bromberg einen Antrag unter Aenderung des Artikels 180 der Reichsverfassung die Neuwahl des Reichspräsidenten gleichzeitig mit der Neuwahl des Reichstags stattfinden zu lassen. Hierauf gab Vizekanzler Reichsminister des Innern Dr. Jarres eine Erklärung ab, in der er darum bat, dem Antrage nicht zuzustimmen. Der Reichspräsident habe 1921 und 1922 wiederholt lebhaft darauf gedrängt, die in der Verfassung ursprünglich unbefristet vorgesehene Neuwahl des Reichspräsidenten alsbald vorzunehmen. Nach Feststellung der neuen Grenze Oberschlesiens sei auch der 3. Dezember 1922 als Wahltag in Aussicht genommen worden. Durch ein verfassungänderndes Gesetz sei aber die Amtsperiode des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 verlängert worden. Seither seien keine Umstände hervorgetreten, die eine plötzliche Aenderung notwendig machen könnten, die auch nur durch Abänderung der Verfassung und mit den dazu erforderlichen Mehrheiten erfolgen könnte. Ganz besonders ungeeignet erscheine die Verbindung der Reichspräsidentenwahl mit den Reichstagswahlen. Nach der Verfassung sollte der Reichspräsident dem Reichstag gegenüber unabhängig und selbständig sein und dem Parteibetriebe und den Parteikämpfen entrückt werden. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Spaltungserscheinungen in der deutschen Volkspartei.

In Berlin trat gestern eine Reihe führender Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei zusammen, die den Kreisen der Schwerindustrie und dem rechten Flügel der Partei angehören. Von Abgeordneten nahmen an der Besprechung u. a. Quaatz, Sorge, Vögeler, Pieper, Adams, Maretzki und Freiherr v. Lersner teil. An der Politik, welche die Partei unter der Führung Stresemanns befolgt hat, wurde scharfe Kritik geübt. Es wurde alsdann die Gründung einer „Nationalliberalen Vereinigung der deutschen Volkspartei" beschlossen. Dem Programm nach wird die Vereinigung alle Parteimitglieder sammeln, die in nationaler, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht an den Grundsätzen der alten nationalliberalen Partei festhalten wollen. Insbesondere soll die Partei eine straffe nationale, antimarxistische Politik mit Anschluß nach rechts verfolgen. Die Vereinigung betont, daß sie nicht die Absicht habe, innerhalb der Partei eine Sondergruppe zu bilden, daß die Gründung vielmehr den Zweck verfolgt, diejenigen Kreise, die sonst nach rechts abspringen würden, in der Partei zu halten. Das „Berl. Tagebl." nennt die Neugründung eine Art Palastrevolution gegen Stresemann, ähnlich wie auch sich vor 15 Jahren die schwerindustriellen Kreise gegen den damaligen Parteiführer Bassermann zum „Altliberalen Reichsverband" zusammengeschlossen haben. Eine Vorstandssitzung der Deutschen Volkspartei, die zu Sonnabend, den 15. März, einberufen ist, soll Klärung der Lage schaffen.

Der Haupttreiber bei dieser Spaltungsaktion ist Stinnes, der sich natürlich im Hintergrunde hält. Die deutschen Industriekönige wollen in der Deutschen Volkspartei eine Organisation haben, die sich willenlos ihrem Diktat fügt. Da sich aber Stresemann erlaubt hat, wenigstens zeitweilig, wenn auch nur wenige Schritte, auf eigenen Füßen zu gehen, hat er sich den Zorn der Kapitalgewaltigen zugezogen.

Arbeiterpartei und Luftverteidigung.

Der Unterstaatssekretär für Luftfahrtwesen Leach erklärte im Unterhaus bei der Einbringung der Voranschläge für die Erweiterung der Luftstreitkräfte in der Heimat: Zahlreiche Freunde der Regierung fragten besorgt, wie die Arbeiterpartei eine Vermehrung in den britischen Rüstungen rechtfertigen könne. Mitglieder der Arbeiterpartei könnten fragen, ob die Arbeiterpartei, von der die Führung auf dem Wege zur Abrüstung erwartet werde, stattdessen nicht die Führung in entgegengesetzter Richtung übernommen habe. Das erste, worauf er verweisen wolle, sei, daß die Regierung die Rüstungen keineswegs erweitere, sondern sie herabsetze. Denn das Reinergebnis sei eine beträchtliche Verminderung in den Ausgaben für Kriegszwecke während des laufenden Jahres. Die Arbeiterpartei habe niemals die Abrüstung Großbritanniens ohne Rücksicht auf die Maßnahmen anderer Länder gefordert. Dies wäre kein praktischer Vorschlag. Das Land dürfte nicht wehrlos gemacht werden. Die Fragen der Abrüstung müßten aber erörtert werden, damit alle Nationen erkennen, daß Rüstungen nichts nützen.

Polizeioberst Seisser als Zeuge.

Im Hitler-Prozeß wurde gestern mit der Vernehmung des dritten Hauptzeugen, des Polizeiobersten v. Seisser, Chef des Landespolizeiamts in München, begonnen. Der Zeuge blieb ebenfalls zunächst unvereidigt. Oberst v. Seisser führte u. a. aus: Kahr habe ein Reichsdirektorium erstrebt, das sich im Norden bilden sollte. Hitler und Ludendorff strebten eine Diktatur Hitler-Ludendorff an, die mit Gewalt dem Norden aufgezwungen werden sollte. Kahr habe sich zu dem Weg entschlossen, die Bewegung in vernünftigen Bahnen zu halten. Zeuge habe immer wieder die Führer der vaterländischen Verbände dahin aufgeklärt, daß die Landespolizei ihre Pflicht erfüllen müsse und werde, und er habe sie gewarnt, Unüberlegtheiten zu begehen. Ludendorff habe damals geäußert, er werde nichts ohne vorherige Verständigung unternehmen. Oberst v. Seisser gab weiter an: Gerüchte über separatistische Absichten Kahrs seien gänzlich haltlos. In der Besprechung vom 6. November habe General v. Lossow betont, daß er sich mit der Reichswehr niemals in einen Kapp-Putsch hineinziehen lassen werde. Er, Zeuge, habe den Herren gesagt, daß, wenn es zu einer Explosion käme, die Landespolizei ihre Pflicht tun müsse, auch wenn sie die Schußwaffe gegen ihre Freunde richten müsse. Zu den Vorgängen im Nebenzimmer des Bürgerbräukellers stellt Zeuge ausdrücklich fest, daß während dieser Zeit weder von ihm, noch von Kahr oder von Lossow eine Zusage gegeben worden sei. Nach Abgabe seiner Erklärung habe Zeuge vor Ekel kaum sprechen können.

Das Gericht beschloß, die weitere Vernehmung des Obersten Seisser in geheimer Sitzung fortzusetzen und wird noch darüber beraten, ob die Führerbesprechung vom 6. November in öffentlicher Sitzung erörtert werden kann.

Nach Schluß der geheimen Sitzung wurde das Kreuzverhör Kahrs wieder aufgenommen. Die Verteidigung holte eines ihrer stärksten Angriffsmittel gegen Kahr hervor. Rechtsanwalt Doll legte den springenden Punkt der Verteidigung dar, nämlich die Absicht des Nachweises, daß auch Kahr, Lossow und Seisser den Vormarsch gegen Berlin wollten. Zu diesem Zwecke fragte er Kahr, ob ihm die Rede bekannt sei, die am 20. Oktober Baron Aufseß, stellvertretender Beamter der Generalkommissariats, im Verein der Bavaren in München gehalten haben soll. Baron Aufseß soll damals im Auftrage Kahrs erzählt haben, Kahr könne nicht kommen, weil er eben mit der Lunte vor dem Pulverfaß sitze, es hieße jetzt für Bayern: Auf nach Berlin! Bayern werde von der Berliner Judenregierung mit ihrem Matratzeningenieur an der Spitze (der taktvolle Ausdruck soll sagen, daß der Reichspräsident Ebert früher Sattlermeister war) fortwährend belogen. In Berlin sei alles verebert und verjaut, aber Herr Ebert würde sich hüten, gegen Kahr vorzugehen. In Bayern hat man keinen Anlaß, Ehrhardt zu verhaften, und auch die Erzbergermörder würden nicht ausgeliefert, sondern könnten ruhig ihrem Beruf nachgehen. Kahr erklärte, zu einer solchen Rede dem Baron Aufseß keinen Auftrag gegeben zu haben.

Es folgte dann eine Reihe von Fragen der Verteidigung darüber, wie sich Kahr den Druck auf den Reichspräsidenten hinsichtlich des Direktoriums gedacht habe und was geplant gewesen sei, falls Reichspräsident Ebert auf seine Pläne überhaupt nicht eingehen würde. Kahr erklärte, er habe gehofft, es werde gelingen, das Direktorium auf legalem Wege über den Artikel 48 der Reichsverfassung zu erreichen. Was geplant gewesen sei, sei eine legale Aktion gewesen. Die Frage der Verteidigung, wie der Druck auf die maßgebenden Faktoren in Berlin ausgeübt werden sollte, beantwortete Kahr dahin, daß in dieser Zeit der politischen Dissonanz und der Erregung im Norden Verhandlungen geführt wären, bei denen die Landwirtschaft und Industrie eine sehr wichtige Rolle gespielt hätten. Er habe wiederholt betont, daß die Errichtung eines Direktoriums in erster Linie von deutschen Kreisen betrieben werden müsse. Auf die Frage Hitlers, mit welchen Persönlichkeiten aus dem Norden Kahr über das Direktorium verhandelt habe, erwiderte Kahr, er habe mit Generaldirektor Minoux vom Stinnes-Konzern gesprochen, der aber ausdrücklich erklärt habe, daß eine gewaltsame Aktion nicht in Frage komme. Er habe auch mit Tirpitz und Scheer darüber gesprochen. Weitere ähnliche Fragen Hitlers wurden vom Vorsitzenden zurückgewiesen. Auf Fragen der Verteidigung erklärte Kahr, den Kapitänleutnant Ehrhardt habe er nur im September flüchtig gesprochen. Die Sitzung wurde auf Donnerstag vertagt.

Nationalismus und Internationalismus.

Von Heinrich Ströbel.

„Das nationale Interesse und das Menschheitsinteresse stehen sich heute feindlich gegenüber. Auf einer höheren Stufe der Zivilisation werden einst beide Interessen zusammenfallen und eins werden."

v. Thünen.

Seitdem Thünen, der bekannte Nationalökonom, in seinem Werke „Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie" diese Sätze niederschrieb, sind nun bald hundert Jahre verstrichen. Man sollte also meinen, daß die Einsicht Thünens inzwischen unter den sogenannten Kulturvölkern Europas, namentlich im angeblichen Lande der „Dichter und Denker", einige Verbreitung gefunden hätte. Zumal nach den furchtbaren Lehren des Weltkriegs, der so ungeheuerliches Unheil über die Volksmassen der europäischen Länder gebracht hat. Aber leider müssen nüchterne Chronisten unserer Zeit noch immer feststellen, daß das Verständnis für die Notwendigkeit, daß auf einer höheren Stufe der Zivilisation nationales Interesse und Menschheitsinteresse zusammenfallen müssen, daß der nationale Staat als Gliedstaat in der höheren Einheit des zwischenstaatlichen Völkerbundes aufzugehen hat, und daß demgemäß die ganze Volkserziehung und Gesellschaftsmoral nicht mehr auf den isolierten Nationalstaat, sondern auf den übernationalen Völkerbundstaat einzustellen ist, leider immer sehr wenig Verbreitung gefunden hat. Wohl gibt es in allen Ländern eine Minderzahl fortgeschrittener Geister, die mit gedanklicher Schärfe und starker Hingabe die Idee des Völkerstaates und der Menschheitsverbrüderung vertreten, aber die dumpfen und stumpfen Massen der Geführten wie der sogenannten Führenden leben noch immer in der engen, kulturfeindlichen Vorstellungswelt des isolierten Nationalstaates, der sich ihnen höchstens zu der Wahnvorstellung des imperialistischen Hegemoniestaates erweitert.

Selbst innerhalb des Sozialismus steht man dem so aktuellen Problem, der so drängenden Aufgabe der Schaffung der übernationalen Völkergemeinschaft zum großen Teil noch verständnislos gegenüber. Entweder macht man dem Völkerbund nur eine höfliche Reverenz, ohne sich mit jenem Enthusiasmus und heißen Glauben, der allein die großen Widerstände überwinden kann, für ihn einzusetzen, oder man ist in seinem Denken und Empfinden sogar wieder in eng nationalistische Auffassungen zurückverfallen, die man früher als spezifisch-bürgerliche zu charakterisieren pflegte und für die proletarisch-sozialistische Weltanschauung als längst und endgültig überwunden betrachtete.

In seinem berühmten Buche „Die Frau und der Sozialismus", seinem eigentlichen politischen und sozialen Bekenntnisbuche, schrieb Bebel in dem Kapitel über die Internationalität:

„Obgleich die nationale Idee noch vielfach die Köpfe beherrscht und als Mittel zur Aufrechterhaltung politischer und sozialer Herrschaft dient, denn diese ist nur innerhalb nationaler Schranken möglich, stecken wir bereits tief im Internationalismus . . . Die neue Gesellschaft wird sich . . . auf internationaler Basis aufbauen. Die Völker werden sich verbrüdern, sie werden sich gegenseitig die Hände reichen und danach trachten, den neuen Zustand allmählich über alle Völker der Erde auszudehnen. . . . Sind einmal die Kulturvölker zu einer großen Föderation vereinigt, dann ist auch die Zeit gekommen, wo für immer des Krieges Stürme schweigen. Der ewige Friede ist dann kein Traum mehr, wie die heute in Uniformen einhergehenden Herren die Welt glauben machen wollen. Die Zeit ist gekommen, sobald die Völker ihre wahren Interessen erkannt haben."

Bebel stellte sich, wie wir inzwischen leider haben einsehen müssen, die Entwicklung zum Völkerbund und zum Völkerfrieden viel einfacher vor, als sie war. Er glaubte, daß schon die rapid zunehmende Wirtschaftsverflechtung der Welt den Nationalismus ad absurdum führen werde. Er lebte aber vor allem der Zuversicht, daß der sozialistische Klassenkampf jene gewaltige Macht sein werde, die einen Völkerkrieg zum „großen Kladderadatsch" für den Kapitalismus und Nationalismus machen und die demokratisch-sozialistische Völkervereinigung zustande bringen werde. Aber statt dessen bekamen wir den Weltkrieg bis zum Verbluten der Nationen und in den wichtigsten Industrieländern den Burgfrieden und die nationale Einheitsfront mit den kapitalistischen Klassen, die nicht einmal nach dem Kriege ihr Ende fand. Ja, wir müssen es erleben, daß der Nationalismus auch heute noch in den Hauptländern Europas das Empfinden der Massen überwuchert und selbst viele Sozialisten mehr oder minder dieser nationalistischen Hypnose verfallen sind.

Das ist um so betrüblicher, als schon im Jahre 1868 der Internationale Arbeiterkongreß von Brüssel und später die Kongresse von Stuttgart (1907) und Kopenhagen (1910) Beschlüsse gefaßt hatten, die ein Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder gegen Krieg und nationalistische Verhetzung forderten.

Um so wichtiger ist es da, jetzt wenigstens dafür Sorge zu tragen, daß der Nationalismus nicht immer weiter wuchert, die Welt in neue, noch viel entsetzlichere Katastrophen stürzt und mit der ganzen europäischen Kultur auch dem Sozialismus vollends den Garaus macht. Denn die Gefahren, die gerade heute wieder den europäischen Frieden bedrohen, sind ungeheuer groß. Infolge des Reparationsstreits und der

[wol]l Frankreichs, sich durch verstärktes Rüsten und militärische Besetzung des Rhein- und Ruhrgebiets Sicherung gegen einen deutschen Vergeltungskrieg zu schaffen, hat nicht nur in Frankreich und in Deutschland die Erhitzung der Gemüter den gefährlichsten Grad erreicht, sondern auch in England. Die jüngste Luftrüstungsdebatte im Unterhause beweist, mit welcher Gereiztheit man Frankreichs Ueberlegenheit an Flugzeugen in England empfindet. Man könnte meinen, daß diese englische „Angstpsychose" mindestens ebenso unbegründet sei wie die Frankreichs vor dem Revanchekrieg des entwaffneten Deutschland. Aber wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach dem Urteil chemischer Sachverständigen (vgl. „Ueber Giftgaskrieg" von Dr. G. Woker im Dezemberheft der Friedenswarte) heute ein Dutzend Luftbomben ausreichen, um ei[n]e Stadt wie London, Berlin oder Paris mit Mann und Maus durch wahrhaft infernalische Giftgase zu vertilgen, [s]o begreift man die Nervosität in England, aber auch die Angst Frankreichs vor einem deutschen Revanchekrieg, bei dem sich der deutsche Faszismus und der russische Bolschewismus die Hände reichen könnten. Denn Rußland könnte ja mit der Hilfe deutscher Techniker leicht eine gewaltige Luftflotte bauen, und an Giftgasen würde es ihnen auch nicht fehlen, da nach Dr. G. Woker jede Farbenfabrik über die nötigen Ausgangsmaterialien und die erforderlichen Apparaturen verfügt, „so daß sie in wenig Stunden auf Giftgasfabrikation umgestellt werden kann".

Es ist darum eine verhängnisvolle Einseitigkeit, wenn sogar die sonst so verdienstliche „Union of democratic Control" in einem im letzten Dezember erschienenen Manifest immer nur den französischen Militarismus als Gefahr für den Weltfrieden brandmarkte, statt die andern Gefahrenquellen, beispielsweise den deutschen Faszismus und den bolschewistischen Militarismus und den unter der Maske der „Weltrevolution" auftretenden bolschewistischen Imperialismus, mit in den Bereich der Betrachtungen zu ziehen.

Gegen die entsetzlichen Gefahren eines neuen, noch unvergleichlich viel grausameren Völkerkrieges gibt es, wie Macdonald und die Labour-Regierung trefflicher erkannt haben, nur ein Abwehrmittel: den Völkerbund, den umfassenden, auch Deutschland, Rußland und Amerika einschließenden, zum internationalen Machtmittel ausgebauten Völkerbund. Nur er kann das allseitige Mißtrauen beschwichtigen, Interessengegensätze durch Schiedsspruch ausgleichen und schrittweise die allgemeine Abrüstung erzwingen.

Soll aber dieser Völkerbund werden, so müssen unendliche Hindernisse überwunden werden. Nicht weniger als alle Vorurteile des bisherigen nationalistischen und machtpolitischen Denkens (auch desjenigen, das im Bolschewismus und in der alten sozialistischen Revolutionsromantik steckt!) müssen ausgerottet werden. Und es gibt nichts Zäheres, Unverwüstlicheres, als solch alte, verrottete Ideologien, die sich unter der Einwirkung einer Jahrhunderte alten Tradition in den Hirnen denkträger Durchschnittsmenschen eingenistet haben!

Es genügt deshalb auch nicht, sich etwa darauf zu berufen, daß ja bereits im Görlitzer Programm vom Jahre 1921 der Satz steht: „Mächtiger als je erhebt sich der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor neuer kriegerischer Vernichtung zu schützen." Auch mit diesen Programmforderungen ist es leider gegangen, wie mit den erwähnten Gelöbnissen von Brüssel, Stuttgart und Kopenhagen. Die ganze Einstellung breiter Parteikreise zum Reparationsstreit, zur Ruhrbesetzung und zur Praktizierung der Abrüstung und des Völkerbundes hat leider oft genug den unerschütterlichen Willen zur Gerechtigkeit und zur wahrhaft internationalen Gesinnung vermissen lassen. Auch haben wir manche Rede und Kundgebung sozialistischer Minister vernehmen müssen, die herzlich wenig von der höheren Einsicht und der höheren Sittlichkeit des internationalen Gedankens des Menschheitsinteresses verriet, dafür desto peinlichere Anklänge an jene bürgerlich-nationalistische Phraseologie enthielt, mit der Sozialismus und Völkerbundgesinnung gründlich aufräumen sollten.

Gerade die Pflicht des Sozialisten ist es, statt mit den endlich zu überwindenden Ideen des Nationalismus zu liebäugeln, durch Wort und Tat den Nachweis zu führen, daß nur der Sieg des internationalen Denkens die berechtigten Formen des nationalen Seins zu schützen vermag. **Nur so kann die höhere Stufe der Zivilisation erreicht werden, wo nationales Interesse und Menschheitsinteresse eins werden und restlos zusammenfallen.**

Die Arbeitszeit in Polen. Polen ist bekanntlich der Washingtoner Konvention betreffend den Achtstundentag beigetreten. Der Arbeitsminister hat aber nunmehr gestattet, daß ausnahmsweise in gewissen staatlichen Betrieben auch zehn Stunden gearbeitet werde, falls die Arbeiter damit einverstanden sind. Verboten bleibt es, den Arbeitsbeginn früher anzusetzen, als das Gesetz es vorschreibt. Die Ueberstunden können nur des Abends geleistet werden. Die Ausnahmen gelten also nur für Staatsbetriebe und können nur mit Zustimmung der Arbeiterschaft in Kraft gesetzt werden.

Das Memelstatut.

Der von dem Memelausschuß des Völkerbundes ausgearbeitete Entwurf über die Regelung der Verhältnisse im Memelland unterstellt die gesetzgeberische, richterliche, administrative und finanzielle Autonomie des Memellandes der Souveränität Litauens. Das Eigentum des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten geht an Litauen über. Alle deutschen Memelländer über 18 Jahre, die seit dem 10. Januar 1920 im Memelland ihren Wohnsitz haben, erwerben ipso facto die litauische Staatsangehörigkeit. Für Litauen optieren können alle im Memelland geborenen Personen, wenn sie wenigstens 10 Jahre dort ihren Wohnsitz hatten. Artikel 14 gewährt eine vollständige Amnestie für politische Vergehen, begangen zwischen dem 28. Juli 1914 und dem Zeitpunkt der Ratifikation des gegenwärtigen Paktes durch Litauen. Die Souveränitätsrechte über Memel dürfen ohne Zustimmung der vertragschließenden Mächte nicht an eine andere Macht übertragen werden. Artikel 17 stellt die gesamte Konvention unter den Schutz des Völkerbundrates. Litauen erklärt sich damit einverstanden, daß Streitigkeiten über die Konvention auf Verlangen der anderen Seite der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes im Haag unterworfen werden. Anhang 1 setzt das Statut Memels fest. Der Präsident Litauens ernennt den Gouverneur für das Memelland. Unter die Kompetenz der memelländischen lokalen Autorität fällt die Organisation und Verwaltung der Gemeinden und Bezirke, die öffentliche Erziehung, das Gesundheitswesen, soziale Fürsorge und Arbeitsgesetzgebung, die lokale Ordnungspolizei, Regelung des Fremdenaufenthalts, die Zivilgesetzgebung einschließlich der Eigentumsrechte, die kriminale, Ackerbau-, Forst- und Handelsgesetzgebung, die Erhebung direkter und indirekter Steuern mit einigen Ausnahmen und die Verwaltung des öffentlichen Eigentums des Memellandes. Die gesetzgeberische Macht wird ausgeübt durch die Repräsentantenkammer, die im allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlgang bestellt wird. Die Volksvertreter werden für drei Jahre gewählt. Auf je 5000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter. Wählbar sind nur Bürger des Memellandes. Der Gouverneur kann nur im Einverständnis mit dem Direktorium die Kammer auflösen. Der augenblicklich bestehende Wirtschaftsrat des Memellandes soll seine Arbeiten fortsetzen, bis die Kammer ihn auflöst. Er ist bei allen fiskalischen und wirtschaftlichen Vorlagen zu befragen. Der Gouverneur besitzt ein eingeschränktes Vetorecht gegenüber der Gesetzgebung. Das Direktorium hat die Exekutivgewalt. Es darf nicht mehr als fünf Mitglieder haben, die Bürger des Memellandes sein sollen. Unter ihnen ernennt der Gouverneur einen Präsidenten, dessen Tätigkeit vom Vertrauen der Kammer abhängt. Die litauische und die deutsche Sprache sind gleichberechtigt. Bis zum 1. Jan. 1930 steht es den memelländischen Unterrichtsbehörden frei, Lehrer deutscher Nationalität anzustellen. Eigentumsenteignung ist nur im öffentlichen Nutzen und unter Bezahlung einer gleichwertigen Entschädigung möglich. Nach Artikel 35 ist nach drei Jahren eine Aenderung des gegenwärtigen Statutes möglich mit Dreifünftel Kammermehrheit und Volksabstimmung. Doch ist zur Gültigkeit die Zustimmung des litauischen Seims notwendig. Anhang 2 trifft die Bestimmungen für den Hafen von Memel. Die Hafenbehörde besteht aus drei Mitgliedern, von denen einer als Vertreter der litauischen wirtschaftlichen Interessen von der litauischen Regierung ernannt wird. Der zweite vom memelländischen Direktorium, der dritte vom Präsidenten der Kommission für Verkehr und Transit beim Völkerbund. Anhang 3 behandelt den Warentransit und stellt den Grundsatz der Freiheit des Transits von und nach Memel auf.

*

Der Völkerbundrat hat sich gestern mit den Vorschlägen des Memel-Ausschusses des Völkerbundes befaßt. Der Präsident des Ausschusses, Norman Davis, erklärte, daß Polen dem autonomen Statut, Litauen der Organisierung eines Hafenrates und des Memelverkehrs zugestimmt haben. Skirmunt forderte genaue Präzisierung der polnischen Rechte auf den Memelhafen und Entsendung eines polnischen Mitgliedes in den Hafenrat. Da die litauischen Vertreter noch nicht eingetroffen sind, vertagte der Ausschuß die weitere Debatte auf die nächste Sitzung.

Die Parchimer Hakenkreuzmörder.

Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik begann gestern die Verhandlung in der Parchimer Mordsache. Es haben sich zu verantworten wegen Mordes an dem „landwirtschaftlichen Arbeiter" Walter Kadow Höß, Zabel, Jens, Pfeiffer, Wiemeyer und der Kaufmann Jurisch, wegen Beihilfe der Geschäftsführer auf dem Gut Herzberg, Bormann, und wegen Begünstigung 6 weitere Angeklagte. Die des Mordes Angeklagten gehören fast sämtlich der Arbeitsgemeinschaft Roßbach an bezw. dem Verein für die landwirtschaftliche Berufsausbildung und unterstanden der einheitlichen Leitung des genannten Vereins bezw. nach dessen Auflösung der Organisation der deutsch-völkischen Freiheitspartei. Für die Verhandlungen sind vier Tage in Aussicht genommen.

Verhaftungen in Deutsch-Oberschlesien.

Eine polnische Verschwörerorganisation.

Aus Berlin wird halbamtlich gemeldet: Die polnische und die französische Presse veröffentlichen in den letzten Tagen alarmierende Nachrichten über Polenverhaftungen in Deutsch-Oberschlesien, die in ihren Zahlenangaben weit übertrieben sind und offensichtlich eine Irreführung der öffentlichen Meinung bezwecken. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, handelt es sich bei sämtlichen Verhafteten um deutsche Reichsbürger, die dringend verdächtig sind, einer in Polnisch-Oberschlesien bestehenden Geheimorganisation anzugehören, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den bei Deutschland verbliebenen Teil Oberschlesiens gewaltsam von Deutschland loszureißen und mit Polen zu vereinigen. Alle Nachrichten über Drangsalierungen und Mißhandlungen der Verhafteten sind nachweislich unwahr. Das Verfahren gegen die Verhafteten schwebt vor dem Reichsgericht. Den Angeschuldigten sind alle strafprozessualisch vorgesehenen Rechtsgarantien gewährleistet. Auch die Meldung, daß die Verhafteten in das Internierungslager in Kottbus überführt seien, ist frei erfunden. Das Lager Kottbus ist bereits am 1. Febr. endgültig aufgelöst worden. Die Zahl der Verhafteten beträgt 83 Personen.

Die kommende Republik Griechenland.

Durch Parlamentsbeschluß unter Militärprotektorat.

Es ist wahrscheinlich, daß die für den 2. April vorbereitete Volksabstimmung über die Einführung der Republik nicht stattfinden wird. Die maßgebenden politischen Führer widersetzen sich dem Plebiszit. Sie wollen unter allen Umständen die Frage Republik oder Monarchie durch einfachen Mehrheitsbeschluß des Parlaments entscheiden lassen, weil bei der gegenwärtigen Erregung der Bevölkerung schwere Erschütterungen durch die heftige Agitation befürchtet werden. Daß das Parlament sich für die Einführung der Republik entscheiden wird, erscheint sicher, weil von den 339 Abgeordneten nur 7 sich offen zur Monarchie bekennen. Der provisorische Regent, der Admiral Konduriotis, wird also in kurzer Zeit dem Präsidenten der Republik weichen müssen. Das Militär ist für die Republik. Die führenden Kreise wollen den Wünschen der Offiziere entsprechend Armee und Flotte verstärken. Das Heer soll auf 400 000 Mann gebracht werden.

Die neue Regierung.

Das neue Ministerium wird sich ausschließlich aus Anhängern der Republik zusammensetzen. Die Ministerpräsidentschaft, das Finanz- und Außenministerium wird wieder Papanastasiu übernehmen. Venizelos hat Griechenland verlassen.

Alwin Körsten †.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, ist am Montag nachmittag Genosse Alwin Körsten nach längerer Krankheit verstorben. Er war am 29. September 1856 zu Söheste, Kreis Merseburg, geboren und erlernte, nachdem er die Schule verlassen, das Formerhandwerk. Schon frühzeitig schloß er sich der politischen Arbeiterbewegung an. 1886 finden wir ihn in Berlin bereits im Fachverein der Former an erster Stelle tätig.

In der Berliner Gewerkschaftsbewegung war Körsten einer der ersten. Im Jahre 1901 wurde er von den Berliner Gewerkschaften zum Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission gewählt, welchen Posten er bis zum Jahre 1919 bekleidete. Auch an dem Zustandekommen des Berliner Gewerbegerichts hat Körsten eifrig mitgewirkt. Nach seinem Ausscheiden aus der Berliner Gewerkschaftskommission wurde Körsten an das Landesarbeitsamt in Berlin berufen. Hier wirkte er bis ihn die Krankheit aufs Lager zwang, von dem er nicht wieder aufstehen sollte.

Alwin Körsten hat sich aber nicht nur als Gewerkschaftler betätigt. Der politischen Bewegung hat er gleichfalls seine Kraft zur Verfügung gestellt. Es war die pommersche Arbeiterschaft, die Körsten als Wegbereiter des Sozialismus zu sich holte. In langjähriger Arbeit hat er geholfen, den schweren Boden zu bearbeiten. Seiner Rührigkeit ist es mit zu danken, daß der Wahlkreis Randow-Greifenhagen im Jahre 1903 zum erstenmal im Reichstage von einem Sozialdemokraten vertreten wurde. Die Parteigenossen in Randow und später die Genossen der ganzen Provinz Pommern haben Alwin Körsten immer wieder in den Reichstag entsandt.

Der Boxkampf.

Keine Sportart ist so umstritten wie das Boxen. Man ist vielfach geneigt, in dem Austrag von Boxkämpfen nur die Betätigung niedrigster Instinkte, wie Rohheit, Sensationslust und dergleichen zu erblicken. Daß man jedoch zu einem andern Urteil über den Boxkampf kommen kann, zeigt folgende Schilderung, die der bekannte Reichstagsabgeordnete Gen. Sollmann von einem Boxkampfabend entwirft:

Als ich mich entschloß, eine lange gehegte Absicht auszuführen und endlich nur einmal einen Boxkampf anzusehen, war die allgemeine Voraussage meiner Freunde, daß ich schon in der ersten Runde angewidert den Raum verlassen werde. Worauf sich diese Meinung stützte? Nun, auch diese Freunde hatten so wenig wie ich jemals einen Boxkampf gesehen. Mit dem Worte Boxer aber sind für uns Vorstellungen von wilder Rohheit, zerschlagenen Kinnbacken, blutigen Nasen und geschwollenen Augen verbunden. Wie kann ein nicht vollkommen verrohter Mensch sich solche Kämpfe ohne tiefsten Abscheu ansehen mögen! Solchen Sport üben nur gemeine Rohlinge aus, und das Publikum, das sie beklatscht, gehört irgendwie zur Hefe, auch, wenn es in seidenen Röcken und Pelzmänteln in der Halle sitzt.

Was nun zunächst das Publikum angeht, das mit Zehntausend Andern den riesenhaften Sportpalast in Berlin füllte, so müßte ich lügen, wenn ich behaupten wollte, daß es sich widerlich benahm. Ich habe jedenfalls im Laufe dieser Jahre so manche Versammlung erlebt, in der es wilder und kreischender und johlender zuging, als an dem Abend in dem großen Sportpalast in Berlin. Die Leute nahmen spannenden Anteil an den Kämpfen. Man hörte auch einige Pfiffe, vereinzelt auch einige dumme anfeuernde Zurufe, die jedesmal eine abwehrende Heiterkeit bei der großen Menge der Zuschauer hervorriefen.

Mein Platz war unmittelbar unter dem Ring, dem großen Podium, auf dem die Boxer sich gegenüberstehen. Was wird sich nun an Scheußlichem begeben? Es steigen zwei junge Leute in einer Art Badeanzug herauf und begrüßen sich mit einer Herzlichkeit, die, wenn sie Schauspiel gewesen sein sollte, jedenfalls geschickt und überzeugend gemacht war. Der Ringrichter stellt sich auf; die Sekundanten nehmen Verabschiedung. Ein Gongschlag, ein grüßendes Berühren der von harten Bandagen umschlossenen Boxerhände und schon beginnt der Kampf. Was mich nach wenigen Augenblicken gefangen nimmt, ist die Geschicklichkeit dieser jungen, wundervoll gebauten Menschen, ist die Technik der Kämpfenden, ist der Geist ruhiger Ueberlegung, ist das Spähen nach der Blöße des Gegners, ist die blitzschnelle Entschlußkraft, ist die Zähigkeit des Ausharrens, ist der Wille, der starke Wille, ungeheure Schmerzen, unter denen der unaufmerksame Mensch zusammenbrechen und erliegen würde, äußerlich unerschüttert zu tragen. Dem Zuschauer schwindet das Gefühl, daß Schläge von großer Kraft ausgeteilt und eingesteckt werden. Es ist leicht, solchen Kampf als roh zu bezeichnen, aber man versetze sich einen Augenblick an die Stelle der Boxenden und frage sich bescheiden, welch ein Maß von Selbstbeherrschung und Willen dazu gehört, in einem solchen Schauspiel sich so beherrscht zu benehmen, wie es diese jungen Leute tun.

Wieder ein Gongschlag. Die erste Runde von drei Minuten ist beendet. Beide Boxer gehen federnden Schrittes in je eine Ecke des Ringes, lassen sich auf einen Schemel nieder, und mit fabelhafter Geschwindigkeit sind die Sekundanten mit Wasser und Handtüchern um sie bemüht. Nach einer Minute: neuer Kampf. Zehn solcher Runden gehen für beide Boxenden hin. Eine Reihe solcher Kämpfe füllte den Abend aus. In einem Falle gab es ein wenig [illegible] dessen Blut in der Minutenpause gestillt war. Zweimal wurde ein Gegner durch Niederschlag besiegt. Schwer fällt er auf den harten Boden nieder. Seine Sekundanten eilen herbei, kaum heben sie ihn unter den Armen hoch, als er auch schon mit eigener Kraft auf seinen Platz zurückgeht, um sich nach wenigen Minuten leidlich erholt zu haben.

Ich verstehe nichts von der Technik des Boxens, auch nichts von den Geschäftspraktiken, die damit verbunden sein sollen und meinetwegen damit verbunden sein mögen. Es mag also sein, daß die ritterliche Begrüßung, mit der die Boxer sich nach dem Kampfe, nach Sieg oder Niederlage geben, Theater ist, aber dann ist es mindestens gutes Schauspiel, und ich glaube sogar, es ist manchmal echt. Man kann auf diese jungen Leute ihre körperliche [illegible] entwickeln auf Kosten ihrer geistigen Ausbildung, [illegible] der Kämpfer Geschäftsträger von lebhaftem Intellekt und [illegible] geistige Kultur tragen. Man vergesse aber nicht, daß ein solcher Kampf, der [illegible] dert, nicht ohne Anspannung des Gehirns und der Nerven geführt werden kann. Man habe auch Achtung vor dem Training, das einer solchen Leistung vorausgeht, vor der Pflege im besten Sinne des Wortes, die den Tempel des Leibes zu einer solchen Vollendung führen muß.

Lasse man auch den Boxern und ihren sportlichen Leistungen Gerechtigkeit widerfahren.

Wilhelm Sollmann.

Der Mensch noch keine vier Mark wert? Daß ein Menschenleben wenig Wert hat, ist uns während des Krieges oft genug zu Gemüte geführt worden. Daß es sogar nicht mehr Wert hat als etwas über vier Mark (genau 98 amerikanische Cents), zeigt der Chemiker Dr. C. A. Pierle vom „West Texas Teachers' College" der die Rohstoffe, die der menschliche Körper enthält, genau abgewogen und auf ihren Wert geschätzt hat. Dr. Pierle fand, daß der Körper eines Menschen im Gewicht von 75 Kilogramm, der in seine chemischen Bestandteile zerlegt wird, enthält: genügend Wasser, um ein paar wollene Decken zu waschen, genügend Eisen, um einen Bilderhaken herzustellen; genug Kalk, um einen kleinen Hühnerstall zu weißen, und schließlich genügend Schwefel, um die Flöhe auf einem mittelgroßen Hund abzutöten. Der Forscher meint, man könne all diese Stoffe in einer Drogenhandlung für einen Dollar kaufen.

Der Raubzug auf das Normalmetermaß. Ein interessanter Diebstahlsversuch wird aus Paris gemeldet. Ein Einbrecher hatte sich in den Pavillon de Breteuil in der Nähe von Sèvres geschlichen, um das dort aufbewahrte Normalmetermaß zu stehlen. Ein Wächter aber überraschte den Einbrecher, der sofort verhaftet wurde. Man fand bei ihm eine Sammlung von Werkzeugen, mit deren Hilfe er sich nachts Zugang zu dem Meterstab verschaffen wollte. Das Normalmetermaß stellt einen sehr großen Wert dar, da es ganz aus Platin hergestellt ist. In dem gleichen Raum befinden sich zahlreiche andere Gegenstände und Maße, die ebenfalls aus Platin bestehen.

Einziehung des russischen Papiergeldes. Infolge genügender Versorgung des russischen Geldmarktes mit wertbeständiger Valuta ist ein Dekret über die Einziehung des bisherigen Papiergeldes erlassen worden. Zur Einlösung

Das Vorkaufsrecht der Gemeinden aufrecht erhalten.

Die Verkleinerung des Volkstages abgelehnt. — Die Auflösung der Gutsbezirke.

Der Volkstag erledigte in seiner gestrigen Sitzung einen beträchtlichen Teil seiner umfangreichen Tagesordnung. An Lebhaftigkeit ließen die Verhandlungen nichts zu wünschen übrig. Hakenkreuz und Sowjetstern standen sich wieder einmal kampflüstern gegenüber, obwohl sie des öfteren enge Freundschaft halten. Das Bemerkenswerteste der Sitzung war die Niederlage des Regierungsblocks in der Frage des Vorkaufsrechts der Gemeinden bei Grundstückswechsel.

Die Sitzung wurde eröffnet mit der Beratung eines Gesetzentwurfs über

Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes.

Abg. Gen. **Gebauer** rügte dabei, daß der Senat keine eigenen Danziger Gesetze vorlege, sondern sich auf die Abschrift deutscher Gesetze beschränke. Der vorgelegte Gesetzentwurf sei wenig übersichtlich und den Danziger Verhältnissen nicht angepaßt. Redner bemängelte weiter, daß keine Nachzahlung der Renten erfolgen solle und erhob Einspruch gegen die beabsichtigte Aufhebung der Rekursinstanz. Gen. Gebauer legte dann weiter dar, wie notwendig die Aufbesserung der Kriegsopfer-Renten ist. Abg.

Die Auflösung der Gutsbezirke

betraf ein Gesetzentwurf, der nunmehr zur Beratung stand. Abg. Gen. **Brill** wies darauf hin, daß von ihm in einer der vorhergehenden Sitzungen die Gründe, die für Auflösung der Gutsbezirke sprechen, ausführlich dargelegt worden sind. Man hätte erwarten müssen, daß der Senat einen Gesetzentwurf vorgelegt habe, der den berechtigten Interessen der Bewohner der Gutsbezirke entspreche. Tatsächlich bedeute aber die Vorlage eine Verhöhnung dieser Leute. Sie sollen noch weiter von dem Gemeindemitbestimmungsrecht ausgeschlossen werden, denn der Gesetzentwurf bringt lediglich eine redaktionelle Aenderung der Landgemeindeordnung. Ganz entschieden wandte sich Gen. Brill dagegen, daß die Auflösung der Gutsbezirke abhängig ist von dem guten Willen der Gutsbesitzer. Im Ausschuß werde die sozialdemokratische Fraktion Anträge stellen, die den Gutsbezirksbewohnern die vollen Gemeinderechte geben. Abg. **Bufnakowski** (K.) war mit der Gesetzesvorlage ebenfalls nicht zufrieden und verlangte restlose Aufhebung der Gutsbezirke. Abg. Dr. **Eppich** (Aba) forderte die generelle Beseitigung der Gutsbezirke. Die Gesetzesvorlage bringe keine Aenderung der bestehenden Zustände. Der Gesetzentwurf wurde sodann dem Gemeindeausschuß überwiesen. Das Wandergewerbesteuergesetz wurde ohne Aussprache an den Steuerausschuß weitergegeben.

Die Verkleinerung des Volkstages

stand alsdann zur Beschlußfassung. Abg. Gen. **Loops** erstattete Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses. Es habe ein deutschnationaler Antrag vorgelegen, die Zahl der Volkstagsabgeordneten auf 60 herabzusetzen. Die Antragsteller wären auch bereit gewesen, einer Verkleinerung des Volkstages auf 90 Abgeordnete zuzustimmen. Die sozialdemokratische Fraktion habe sich mit der Verkleinerung des Volkstages auf 90 Abgeordnete einverstanden erklärt, wenn auch der Senat zu einer 7köpfigen parlamentarisch verantwortlichen Regierung umgestaltet werde. Dieses sei den Deutschnationalen unannehmbar erschienen. Im Ausschuß sei deshalb der Antrag von allen Parteien gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt worden.

Für die Deutschsozialen erklärte Abg. **Herrmann**, daß sie die Anträge auf Verkleinerung des Volkstages ablehnen würden, da die erforderliche ⅔-Mehrheit nicht zustandekomme. Abg. Dr. **Bumke** erklärte resigniert, daß zurzeit wenig Aussicht auf Annahme des Antrages bestände. In späterer Zeit werde ihm vielleicht ein besseres Schicksal beschieden sein.

Abg. Gen. **Rahn** begründete den sozialdemokratischen Standpunkt in dieser Frage. Er stellte fest, daß auch die Deutschnationalen nicht ganz mit den gegenwärtigen Zuständen zufrieden sind. Wenn das Volk gefragt würde, dann würde es neben der Verminderung der Zahl der Volkstagsabgeordneten auch die

Verringerung des Senats

verlangen. Die sozialdemokratische Fraktion fordert, daß an Stelle des unverantwortlichen Beamtensenats eine dem Parlament verantwortliche Regierung tritt. Die Freie Stadt Danzig würde bei den westlichen Großmächten und beim Völkerbund ein ganz anderes Ansehen genießen, wenn Danzig eine Regierung habe, die sich auf das Volk stützen könne. Wenn Danzig im Oktober 1922 eine rein parlamentarische Regierung gehabt hätte, dann wäre auch niemals das furchtbare Danzig-polnische Wirtschaftsabkommen geschlossen worden. Die Aussprache wurde dann geschlossen. Die Abstimmung ergab, daß nicht einmal die einfache Mehrheit für die Annahme des deutschnationalen Antrages vorhanden ist. Mit 49 gegen 46 Stimmen und 7 Stimmenthaltungen wurde die Verkleinerung des Volkstages abgelehnt.

Die Aufhebung des Vorkaufsrechts bei Grundstücksverkäufen

beschäftigte alsdann wieder einmal den Volkstag. Abg. **Dock** (Dnatl.) teilte mit, daß der Steuerausschuß mit 9 gegen 8 Stimmen die Beseitigung des Vorkaufsrechts beschlossen habe. Abg. **Lembke** (D.Soz.) erklärte, daß die von den Gegnern des Vorkaufsrechts vorgetragenen Gründe nicht stichhaltig seien. Andererseits könnte das Vorkaufsrecht in seiner jetzigen Form zu großen Härten führen. Seine Fraktion habe deshalb einen Aenderungsantrag gestellt und beantrage nochmalige Zurückweisung an den Ausschuß.

Abg. Gen. **Beyer** stellte zunächst die eigenartige Zusammenstellung des Steuerausschusses fest. Die 55 Abgeordneten der Regierungspartei stellen 9 Vertreter, während die 37 Vertreter der Opposition nur 8 Vertreter haben. Sachliche Gründe für die Beseitigung des Vorkaufsrechts habe noch niemand vorgetragen. Bei 458 Grundstücksverkäufen sei nur in 7 Fällen von dem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht worden. Der Staat habe kein Interesse an dem Grundstückshandel, der Grund und Boden und die Mieten verteuere. Die Interessen der Allgemeinheit müßten höher stehen als die des einzelnen. Redner trat warm für die Beibehaltung des Vorkaufsrechts in seiner jetzigen Form ein.

Abg. **Doerksen** (Dnatl.) forderte im Auftrage seiner Fraktion die Beseitigung des Vorkaufsrechts. Abg. **Weiß** (Z.), der als entschiedener Gegner des Vorkaufsrechts auftrat, konnte sachliche Gründe dafür nicht anführen. Die Ideen der Bodenreformer scheinen ihm ein Greuel zu sein; er zeigte sich auch wenig vertraut mit den Einzelheiten beim Grundstücksverkauf. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß ihm die Interessen einzelner höher stehen als das Staatsinteresse. Abg. Dr. **Eppich** (Aba) zerpflückte wenig zartfühlend die Ausführungen seines Vorredners. Es gäbe eben Leute, die für Belehrung unzugänglich seien. Abg. Dr. **Blavier** (D.V.P.) trat für die Beseitigung des Vorkaufsrechts ein. Dieser Deutsch-Danziger Abgeordnete befürchtete, daß man sonst kein internationales Kapital für Häuserbau bekommen werde.

Es kam dann zur Abstimmung. Die deutschsozialen Anträge wurden mit 98 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Mit großem Interesse schritt das Haus dann zu der Abstimmung über die Beseitigung des Vorkaufsrechts. Als an den Abstimmungskarten zu ersehen war, daß auch die Deutschsozialen für die Beibehaltung des Vorkaufsrechts stimmten, setzten von seiten der Deutschnationalen und der Zentrumsabgeordneten Beeinflussungsversuche ein. Unter allgemeiner Spannung verkündete Präsident Gen. Gehl das Resultat der Abstimmung: Das Vorkaufsrecht war gerettet worden! Mit 49 gegen 55 Stimmen und 1 Stimmenthaltung war der Regierungsblock unterlegen.

Danzig und Sowjetrußland.

Die kommunistische Fraktion hat dem Hause zwei Anträge unterbreitet, die die politische Anerkennung Sowjetrußlands durch den Freistaat und die Anbahnung von Handelsbeziehungen zwischen Danzig und Sowjetrußland forderten. Abg. Gen. **Rahn** teilte als Berichterstatter mit, daß die übergroße Mehrheit den beiden Anträgen zugestimmt habe. Redner empfahl im Auftrage des Ausschusses die Annahme einer entsprechenden im Ausschuß gefaßten Entschließung. Gegen diese Anträge sprach nur der Abg. **Hohnfeldt** (D.Soz.), der die russischen Machthaber als Verbrecher-Regierung bezeichnete. Als er diesen beleidigenden Ausdruck mehrere Male wiederholte, wurde die äußerste Linke sehr erregt und gab dieser Erregung auch Ausdruck. Ebenso wenig wie er von der politischen Anerkennung Rußlands etwas wissen wollte, war er mit der Anbahnung von Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland einverstanden. Abg. Raube (K.) trat dem Hakenkreuzler scharf entgegen. Mit dem Ausschußbeschlusse und dem Standpunkt der Regierung war er zufrieden. Abg. Gen. **Rahn** erwartete von der Aufnahme der Beziehungen mit Sowjetrußland eine Belebung des Danziger Wirtschaftslebens, was im Interesse der Arbeitslosen nur zu begrüßen sei. Er bedauerte, daß die Beschimpfung der Sowjetregierung ungerügt geblieben ist. Beide Anträge wurden dann mit großer Mehrheit angenommen. Nur die Deutschsozialen und einige deutschnationale Abgeordnete stimmten dagegen.

Dann beschäftigte sich das Haus mit der

Warenhaussteuer,

deren Aufhebung von der Regierung gefordert wurde, weil die Einnahmen nicht einmal die Erhebungskosten decken. Abg. **Habel** (Dnatl.) trat dennoch für Beibehaltung der Steuer ein. Sie sei im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden notwendig. Die gleiche Ansicht vertrat auch der deutschsoziale Abg. Dr. **Lembke**, während der Kommunist **Hoffmann** die Aufhebung der Steuer forderte, weil sie doch auf die Verbraucher abgewälzt werde. Für die Deutsche Partei trat der Abg. **Schmidt** für Aufhebung der Warenhaussteuer ein. Abg. Gen. **Leu** betonte mit Recht, daß trotz der Warenhaussteuer der Mittelstand verarmt sei. Die Warenhaussteuer habe der Entwicklung keinen Abbruch tun können. Die Warenhaussteuer müsse schon deshalb beseitigt werden, weil ihr Ergebnis nicht einmal die Erhebungskosten deckt. Abg. Dr. **Blavier** (D.V.P.) bekannte sich als Freund der umkämpften Steuer.

Da die Zeit schon etwas vorgerückt und ein großer Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten zu dem Vortrag des Gen. Graf gegangen war, machte Abg. Gen. **Rahn** dem Hause den Vorschlag, die Abstimmung über diesen Gesetzentwurf auszusetzen und in der Erledigung der Tagesordnung weiterzufahren. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Jedermann, der die Gepflogenheiten im Hause kennt, wußte nun, daß die erste namentliche Abstimmung die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeiführen wird. Nur der Abg. Hohnfeldt schien das nicht zu wissen, denn er beantragte namentliche Abstimmung, erhielt aber unter großer Heiterkeit des Hauses nicht die notwendige Unterstützung. Ein Antrag des Abg. **Rahn** auf namentliche Abstimmung hatte selbstverständlich den gewünschten Erfolg. Das Haus wurde beschlußunfähig, und nachdem der Abg. Hohnfeldt noch eine kleine Lektion über die Geschäftsordnung erhalten hatte, vertagte sich der Volkstag auf heute nachmittag.

Die polnischen Anschriften der Eisenbahnwagen.

Wiederholt ist in der Presse darauf hingewiesen worden, daß die Danziger Bevölkerung es als einen schweren Uebelstand empfindet, wenn insbesondere im Vorortverkehr Eisenbahnwagen laufen, die lediglich polnische Anschriften tragen. Allen Entscheidungen und Zusicherungen zum Trotz sind diese Wagen immer noch im Verkehr, obwohl sie für den größten Teil der Reisenden eine Quelle der Gefahren bilden, da Anschriften, die nicht verständlich sind, auch nicht beachtet werden können. Daß die deutsche Sprache die Verkehrssprache auf der Eisenbahn sein soll, dürfte den polnischen Eisenbahnbehörden auch nicht unbekannt sein.

Der Präsident der polnischen Staatsbahndirektion hat jetzt zugesagt, die Angelegenheit bis zum 15. d. Mts. endgültig zu erledigen. Das von ihm unterm 26. Februar an den Delegierten der Freien Stadt für die Eisenbahnangelegenheiten gerichtete Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Ihren wiederholten Beschwerden über Einstellung von Wagen mit nur polnischen Innenaufschriften in den Vorortverkehr und in den Verkehr zwischen Marienburg—Simonsdorf—Tiegenhof—Tczew volle Rechnung tragend, verfüge ich, daß bis zum 15. März d. Js. sämtliche auf den hier in Betracht kommenden Bahnstrecken verkehrenden Personenwagen unbedingt mit den vorgeschriebenen zwei- bezw. dreisprachigen Aufschriften versehen sein müssen. Etwaige nach dem genannten Zeitpunkte wahrgenommenen Verstöße gegen diese Verfügung bitte ich mir von Fall zu Fall zur Kenntnis bringen zu wollen."

Ob diese Verfügung durchgeführt wird, wird sich ja bald zeigen.

Neue Löhne im Tischlergewerbe.

Im Tischlergewerbe sind auf Grund von Vereinbarungen vor dem Demobilmachungskommissar vom 12. März neue Lohnsätze, Ueberstunden- und Nachtstundenzuschläge festgesetzt. Diese Festsetzung gilt vom 6. März bis 30. April einschließlich. Die Stundenlöhne betragen für Facharbeiter über 22 Jahre 78 Pfg., von 20—22 Jahre 71½ Pfg., bis 20 Jahre einschließlich sämtl. Junggesellen 58½ Pfg.; Hilfsarbeiter über 22 Jahre 57 Pfg., von 20—22 Jahre 62 Pfg., von 17 bis 20 Jahre 57½ Pfg., von 16—17 Jahre 30 Pfg., von 15 bis 16 Jahre 23½ Pfg., von 14—15 Jahre 20 Pfg. Der Ueberstundenzuschlag beträgt: für Facharbeiter über 22 Jahre 16¾ Pfg., von 20—22 Jahre 14 Pfg., bis 20 Jahre einschl. sämtl. Junggesellen 11¾ Pfg.; für Hilfsarbeiter über 22 Jahre 18 Pfg., von 20 bis 22 Jahre 12¼ Pfg., von 17—20 Jahre 11¾ Pfg., von 16—17 Jahre 6 Pfg., von 15—16 Jahre 4½ Pfg., von 14—15 Jahre 4¼ Pfg. Der Nachtstundenzuschlag beträgt: für Facharbeiter über 22 Jahre 37½ Pfg., von 20—22 Jahre 36 Pfg., bis 20 Jahre einschl. sämtl. Junggesellen 29½ Pfg.; für Hilfsarbeiter über 22 Jahre 32½ Pfg., von 20 bis 22 Jahre 30 Pfg., von 17—20 Jahre 28 Pfg., von 16—17 Jahre 15 Pfg., von 15 bis 16 Jahre 11½ Pfg., von 14—15 Jahre 9½ Pfg.

Die erheblichen Unterschiede

in der Beamtenbesoldung in Danzig und Deutschland

wurden bereits im Volkstag an einigen Beispielen aus den höheren Gruppen sehr drastisch illustriert. Bei der völlig ungenügenden Besoldung der unteren und mittleren Gruppen der Beamten ist eine Erhöhung der Gehälter dieser Kreise nur gerechtfertigt. Unbegründet ist jedoch die starke, meist die doppelte betragende Uebersteigerung der ausreichenden Gehälter der oberen Stufen. Es betragen die Höchstgehälter in:

Gruppe	9	in Danzig	510	Gulden,	im	Reiche	276	Gulden
„	10	„ „	604	„	„	„	330	„
„	11	„ „	720	„	„	„	381	„
„	12	„ „	855	„	„	„	448	„
„	13	„ „	1020	„	„	„	546	„
Einzelgehalt	1	„ „	1125	„	„	„	580	„
„	2	„ „	1300	„	„	„	640	„
„	3	„ „	1500	„	„	„	735	„
„	4	„ „	1600	„	„	„	760	„
„	5	„ „	3000	„	„	„	990	„

Diese Gruppen umfassen hauptsächlich Regierungsräte, Oberregierungsräte, Staatsräte, Senatoren und den Senatspräsidenten. Je höher die Gruppen desto krasser ist der Unterschied. Diese starke Uebersteigerung der durchaus ausreichenden Gehälter der höheren Besoldungsgruppen ist wohl eines der traurigsten Kapital aus der Herrschaft des bürgerlichen Senats. Anstatt die Mittel so zu vergeuden, sollte man die völlig unzureichenden Einkomme nder unteren und mittleren Beamten sowie der Arbeiter und Angestellten aufbessern damit diese wenigstens notdürftig ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Die Vorträge des Gen. Graf.

Gestern abend hat der zweite Vortragskursus des Gen. Engelbert Graf über „Die wirtschaftlichen, geistigen und gesellschaftlichen Voraussetzungen des Sozialismus" begonnen. Graf erläuterte eingangs die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Begriffe und machte die Zuhörer in Form einer Arbeitsgemeinschaft mit den Grundlagen und Formen der menschlichen Gesellschaft bekannt. Seine anregende Vortragsweise fesselte die Besucher und ließ alle Teilnehmer starken Anteil nehmen. Der zweite Vortrag findet am Donnerstag Abend statt und ist noch Gelegenheit geboten, sich diesem interessanten und wertvollen Kursus als Teilnehmer anzuschließen.

Am Dienstag Abend sprach Genosse Engelbert Graf im Werftspeisehaus über „Europa und der Imperialismus der Großmächte". Um es von vornherein zu sagen, es war ein seltener Genuß, der den zahlreich Versammelten geboten wurde. Eingeleitet wurde der Abend durch je zwei Vorträge der Gesangvereine „Freier Sänger" und „Sängergruß". Ersterer brachte den „Chor der Beralente" und das „Lied an die Geduld" zum Vortrag. Der gemischte Chor des „Sängergruß" trug „Wahrheit" und das Lied „Die Schnitter" vor.

Dann unternahm Genosse Engelbert Graf mit den Versammelten einen Ausflug in die Weltwirtschafts-Politik. An Hand von geographischen Karten und Erläuterungen auf einer Tafel gab Graf einen Umriß der Weltpolitik und legte die imperialistischen Expansionsbestrebungen der Großmächte in klar verständlicher Weise dar. Trotz der wenig angenehmen kalten Temperatur im Saale fesselte der Vortragende zwei Stunden die Zuhörer. Seine Ausführungen klangen in die Aufforderung an die Arbeiterschaft aus, sich mehr wie bisher um die weltwirtschaftliche Politik zu kümmern, um nicht noch einmal von einem kriegerischen Ereignis so überrascht zu werden, wie es beim Ausbruch des Weltkrieges der Fall war. Starker, ehrlicher Beifall dankte dem Vortragenden für seine interessanten und lehrreichen Ausführungen.

Die weiteren Vorträge.

Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, spricht Engelbert Graf im gewerkschaftlichen Kursus über „Die Entwicklung des modernen Proletariats".

Freitag, abends 7 Uhr, Vortragskursus des Bildungsausschusses: „Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Voraussetzungen des Sozialismus."

Sonnabends den 15., abends 6½ Uhr::

Lichtbilder-Vortrag: Stammt der Mensch vom Affen ab?

Alle Vorträge finden in der Aula des Städtischen Gymnasiums am Winterplatz statt. Einlaßkarten sind am Saaleingang erhältlich.

Die Einlösungsfrist der 100-Gulden-Kassenscheine ist bis zum 12. April verlängert worden. Nach Ablauf dieser Frist verlieren diese Scheine ihre Gültigkeit.

Die hohen Fleischpreise sind Gegenstand einer kleinen Anfrage an den Senat. Es wird darin ausgeführt, daß in letzter Zeit die Spanne zwischen den Preisen für Schlachtvieh und den Kleinverkaufspreisen für Fleisch so angewachsen ist, daß von einer regelrechten Preistreiberei auf diesem Gebiete gesprochen werden kann. Der Senat wird um Auskunft gebeten, ob und inwieweit sich die Wuchervoltzei bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat, und weiter, ob der Senat es nicht für angezeigt hält, wieder Richtpreise für den Kleinverkauf von Fleisch durch eine Notierungskommission festsetzen zu lassen.

Kaninchenzüchter. Im heutigen Inseratenteil gibt der W.-R.- und D.-R.-Sch.-Klub seine Mitgliederversammlung bekannt. Spezialzüchter dieser Rassen sind stets willkommen. Auskunft erteilt der Vorsitzende Lattenhauer, Neufahrwasser, Wilhelmstraße 10, Hof.

Eisenbahner und polnische Sprache. Befremden und berechtigte Empörung hat nicht nur bei den Eisenbahnern, sondern in der ganzen Freistaatbevölkerung das Verlangen der polnischen Staatsbahnverwaltung erregt, daß sämtliche Danziger Eisenbahner bis zum 1. Januar 1926 die polnische Sprache zu erlernen haben. Am kommenden Sonnabend werden die Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen mit dem Präsidenten der polnischen Staatsbahndirektion deshalb verhandeln. Auch wird der Volkstag sich mit dieser Forderung, die im Widerspruch mit der Entscheidung des Oberkommissars steht, beschäftigen.

Polizeibericht vom 13. März 1924. Verhaftet: 20 Personen, darunter 5 wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 1 wegen Unterschlagung, 6 wegen Trunkenheit, 2 zur Festnahme ausgegeben, 5 in Polizeihaft und 2 Personen obdachlos.

gucht Frankreichs, sich durch verstärktes Rüsten und militärische Besetzung des Rhein- und Ruhrgebiets Sicherung gegen einen deutschen Vergeltungskrieg zu schaffen, hat nicht nur in Frankreich und in Deutschland die Erhitzung der Gemüter den gefährlichsten Grad erreicht, sondern auch in England. Die jüngste Luftrüstungsdebatte im Unterhause beweist, mit welcher Gereiztheit man Frankreichs Ueberlegenheit an Flugzeugen in England empfindet. Man könnte meinen, daß diese englische „Angstpsychose" mindestens ebenso unbegründet sei wie die Frankreichs vor dem Revanchekrieg des entwaffneten Deutschland. Aber wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach dem Urteil chemischer Sachverständigen (vgl. „Ueber Giftgaskrieg" von Dr. G. Woker im Dezemberheft der Friedenswarte) heute ein Dutzend Luftbomben ausreichen, um eine Stadt wie London, Berlin oder Paris mit Mann und Maus durch wahrhaft infernalische Giftgase zu vertilgen, so begreift man die Nervosität in England, aber auch die Angst Frankreichs vor einem deutschen Revanchekrieg, bei dem sich der deutsche Faszismus und der russische Bolschewismus die Hände reichen könnten. Denn Rußland könnte ja mit der Hilfe deutscher Techniker leicht eine gewaltige Luftflotte bauen, und an Giftgasen würde es ihnen auch nicht fehlen, da nach Dr. G. Woker jede Farbenfabrik über die nötigen Ausgangsmaterialien und die erforderliche Apparatur verfügt, „so daß sie in wenig Stunden auf Giftgasfabrikation umgestellt werden kann".

Es ist darum eine nationalistische Einseitigkeit, wenn sogar die sonst so verdienstliche „Union of democratic Control" in einem im letzten Dezember erschienenen Manifest immer nur den französischen Militarismus als Gefahr für den Weltfrieden brandmarkte, ohne die andern Gefahrenquellen, beispielsweise den deutschen Faszismus und den bolschewistischen Militarismus und den unter der Maske der „Weltrevolution" auftretenden bolschewistischen Imperialismus, mit in den Bereich der Betrachtungen zu ziehen.

Gegen die entsetzlichen Gefahren eines neuen, noch unvergleichlich viel grausigeren Völkerkrieges gibt es, wie Macdonald und die Labour-Regierung treffsicher erkannt haben, nur ein Abwehrmittel: den Völkerbund, den umfassenden, auch Deutschland, Rußland und Amerika einschließenden, zum internationalen Machtmittel ausgebauten Völkerbund. Nur er kann das allseitige Mißtrauen beschwichtigen, Interessengegensätze durch Schiedsspruch ausgleichen und schrittweise die allgemeine Abrüstung erzwingen.

Soll aber dieser Völkerbund werden, so müssen unendliche Hindernisse überwunden werden. Nicht weniger als alle Vorurteile des bisherigen nationalistischen und machtpolitischen Denkens (auch desjenigen, das im Bolschewismus und in der alten sozialistischen Revolutionsromantik steckt!) müssen ausgerottet werden. Und es gibt nichts Zäheres, Unverwüstlicheres, als solch alte, verrottete Ideologien, die sich unter der Einwirkung einer Jahrhunderte alten Tradition in den Hirnen denkträger Durchschnittsmenschen eingenistet haben!

Es genügt deshalb auch nicht, sich etwa darauf zu berufen, daß ja bereits im Görlitzer Programm vom Jahre 1921 der Satz steht: „Mächtiger als je erhebt sich der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor neuer kriegerischer Vernichtung zu schützen." Auch mit diesen Programmforderungen ist es leider gegangen, wie mit den erwähnten Gelöbnissen von Brüssel, Stuttgart und Kopenhagen. Die ganze Einstellung breiter Parteikreise zum Reparationsstreit, zur Ruhrbesetzung und zur Praktizierung der Abrüstung und des Völkerbundes hat leider oft genug den unerschütterlichen Willen zur Gerechtigkeit und zur wahrhaft internationalen Gesinnung vermissen lassen. Auch haben wir manche Rede und Kundgebung sozialistischer Minister vernehmen müssen, die herzlich wenig von der höheren Einsicht und der höheren Sittlichkeit des internationalen Gedankens des Menschheitsinteresses verriet, dafür desto peinlichere Anklänge an jene bürgerlich-nationalistische Phraseologie enthielt, mit der Sozialismus und Völkerbundgesinnung gründlich aufräumen sollten.

Gerade die Pflicht des Sozialisten ist es, statt mit den endlich zu überwindenden Ideen des Nationalismus zu liebäugeln, durch Wort und Tat den Nachweis zu führen, daß nur der Sieg des internationalen Denkens die berechtigten Formen des nationalen Seins zu schützen vermag. **Nur so kann die höhere Stufe der Zivilisation erreicht werden, wo nationales Interesse und Menschheitsinteresse eins werden und restlos zusammenfallen.**

Die Arbeitszeit in Polen. Polen ist bekanntlich der Washingtoner Konvention betreffend den Achtstundentag beigetreten. Der Arbeitsminister hat aber nunmehr gestattet, daß ausnahmsweise in gewissen staatlichen Betrieben auch zehn Stunden gearbeitet werde, falls die Arbeiter damit einverstanden sind. Verboten bleibt es, den Arbeitsbeginn früher anzusetzen, als das Gesetz es vorschreibt. Die Ueberstunden können nur des Abends geleistet werden. Die Ausnahmen gelten aber nur für Staatsbetriebe und können nur mit Zustimmung der Arbeiterschaft in Kraft gesetzt werden.

Das Memelstatut.

Der von dem Memelausschuß des Völkerbundes ausgearbeitete Entwurf über die Regelung der Verhältnisse im Memelland unterstellt die gesetzgeberische, richterliche, administrative und finanzielle Autonomie des Memellandes der Souveränität Litauens. Das Eigentum des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten geht an Litauen über. Alle deutschen Memelländer über 18 Jahre, die seit dem 10. Januar 1920 im Memelland ihren Wohnsitz haben, erwerben ipso facto die litauische Staatsangehörigkeit. Für Litauen optieren können alle im Memelland geborenen Personen, wenn sie wenigstens 10 Jahre dort ihren Wohnsitz hatten. Artikel 14 gewährt eine vollständige Amnestie für politische Vergehen, begangen zwischen dem 28. Juli 1914 und dem Zeitpunkt der Ratifikation des gegenwärtigen Paktes durch Litauen. Die Souveränitätsrechte über Memel dürfen ohne Zustimmung der vertragschließenden Mächte nicht an eine andere Macht übertragen werden. Artikel 17 stellt die gesamte Konvention unter den Schutz des Völkerbundrates. Litauen erklärt sich damit einverstanden, daß Streitigkeiten über die Konvention auf Verlangen der anderen Seite der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes im Haag unterworfen werden. Anhang 1 setzt das Statut Memels fest. Der Präsident Litauens ernennt den Gouverneur für das Memelland. Unter die Kompetenz der memelländischen lokalen Autorität fällt die Organisation und Verwaltung der Gemeinden und Bezirke, die öffentliche Erziehung, das Gesundheitswesen, soziale Fürsorge und Arbeitsgesetzgebung, die lokale Ordnungspolizei, Regelung des Fremdenaufenthalts, die Zivilgesetzgebung einschließlich der Eigentumsrechte, die kriminale, Ackerbau-, Forst- und Handelsgesetzgebung, die Erhebung direkter und indirekter Steuern mit einigen Ausnahmen und die Verwaltung des öffentlichen Eigentums des Memellandes. Die gesetzgeberische Macht wird ausgeübt durch die Repräsentantenkammer, die im allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlgang bestellt wird. Die Volksvertreter werden für drei Jahre gewählt. Auf je 5000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter. Wählbar sind nur Bürger des Memellandes. Der Gouverneur kann nur im Einverständnis mit dem Direktorium die Kammer auflösen. Der augenblicklich bestehende Wirtschaftsrat des Memellandes soll seine Arbeiten fortsetzen, bis die Kammer ihn auflöst. Er ist bei allen fiskalischen und wirtschaftlichen Vorlagen zu befragen. Der Gouverneur besitzt ein eingeschränktes Vetorecht gegenüber der Gesetzgebung. Das Direktorium hat die Exekutivgewalt. Es darf nicht mehr als fünf Mitglieder haben, die Bürger des Memellandes sein sollen. Unter ihnen ernennt der Gouverneur einen Präsidenten, dessen Tätigkeit vom Vertrauen der Kammer abhängt. Die litauische und die deutsche Sprache sind gleichberechtigt. Bis zum 1. Jan. 1930 steht es den memelländischen Unterrichtsbehörden frei, Lehrer deutscher Nationalität anzustellen. Eigentumsenteignung ist nur im öffentlichen Nutzen und unter Bezahlung einer gleichwertigen Entschädigung möglich. Nach Artikel 38 ist nach drei Jahren eine Aenderung des gegenwärtigen Statutes möglich mit Dreifünftel Kammermehrheit und Volksabstimmung. Doch ist zur Gültigkeit die Zustimmung des litauischen Seims notwendig. Anhang 2 trifft die Bestimmungen für den Hafen von Memel. Die Hafenbehörde besteht aus drei Mitgliedern, von denen einer als Vertreter der litauischen wirtschaftlichen Interessen von der litauischen Regierung ernannt wird. Der zweite vom memelländischen Direktorium, der dritte vom Präsidenten der Kommission für Verkehr und Transit beim Völkerbund. Anhang 3 behandelt den Warentransit und stellt den Grundsatz der Freiheit des Transits von und nach Memel auf.

*

Der Völkerbundrat hat sich gestern mit den Vorschlägen des Memel-Ausschusses des Völkerbundes befaßt. Der Präsident des Ausschusses, Norman Davis, erklärte, daß Polen dem autonomen Statut, Litauen der Organisierung eines Hafenrates und des Memelverkehrs zugestimmt haben. Skirmunt forderte genaue Präzisierung der polnischen Recht, auf den Memelhafen und Entsendung eines polnischen Mitgliedes in den Hafenrat. Da die litauischen Vertreter noch nicht eingetroffen sind, vertagte der Ausschuß die weitere Debatte auf die nächste Sitzung.

Die Parchimer Hakenkreuzmörder.

Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik begann gestern die Verhandlung in der Parchimer Mordsache. Es haben sich zu verantworten wegen Mordes an dem „landwirtschaftlichen Arbeiter" Walter Kadow Höß, Zabel, Jenß, Pfeiffer, Wiemeyer und der Kaufmann Zuritsch, wegen Beihilfe der Geschäftsführer auf dem Gut Herzberg, Bormann, und wegen Begünstigung 5 weitere Angeklagte. Die des Mordes Angeklagten gehören fast sämtlich der Arbeitsgemeinschaft Roßbach an bezw. dem Verein für die landwirtschaftliche Berufsausbildung und unterstanden der einheitlichen Leitung des genannten Vereins bezw. nach dessen Auflösung der Organisation der deutsch-völkischen Freiheitspartei. Für die Verhandlungen sind vier Tage in Aussicht genommen.

Verhaftungen in Deutsch-Oberschlesien.

Eine polnische Verschwörerorganisation.

Aus Berlin wird halbamtlich gemeldet: Die polnische und die französische Presse veröffentlichen in den letzten Tagen alarmierende Nachrichten über Polenverhaftungen in Deutsch-Oberschlesien, die in ihren Zahlenangaben weit übertrieben sind und offensichtlich eine Irreführung der öffentlichen Meinung bezwecken. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, handelt es sich bei sämtlichen Verhafteten um deutsche Reichsbürger, die dringend verdächtig sind, einer in Polnisch-Oberschlesien bestehenden Geheimorganisation anzugehören, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den bei Deutschland verbliebenen Teil Oberschlesiens gewaltsam von Deutschland loszureißen und mit Polen zu vereinigen. Alle Nachrichten über Drangsalierungen und Mißhandlungen der Verhafteten sind nachweislich unwahr. Das Verfahren gegen die Verhafteten schwebt vor dem Reichsgericht. Den Angeschuldigten sind alle strafprozessualisch vorgesehenen Rechtsgarantien gewährleistet. Auch die Meldung, daß die Verhafteten in das Internierteniager in Kottbus überführt seien, ist frei erfunden. Das Lager Kottbus ist bereits am 1. Febr. endgültig aufgelöst worden. Die Zahl der Verhafteten beträgt 83 Personen.

Die kommende Republik Griechenland.

Durch Parlamentsbeschluß unter Militärprotektorat.

Es ist wahrscheinlich, daß die für den 2. April vorbereitete Volksabstimmung über die Einführung der Republik nicht stattfinden wird. Die maßgebenden politischen Führer widersetzen sich dem Plebiszit. Sie wollen unter allen Umständen die Frage Republik oder Monarchie durch einfachen Mehrheitsbeschluß des Parlaments entscheiden lassen, weil bei der gegenwärtigen Erregung der Bevölkerung schwere Erschütterungen durch die heftige Agitation befürchtet werden. Daß das Parlament sich für die Einführung der Republik entscheiden wird, erscheint sicher, weil von den 339 Abgeordneten nur 7 sich offen zur Monarchie bekennen. Der provisorische Regent, der Admiral Konduriotis, wird also in kurzer Zeit dem Präsidenten der Republik weichen müssen. Das Militär ist für die Republik. Die führenden Kreise wollen den Wünschen der Offiziere entsprechend Armee und Flotte verstärken. Das Heer soll auf 400 000 Mann gebracht werden.

Die neue Regierung.

Das neue Ministerium wird sich ausschließlich aus Anhängern der Republik zusammensetzen. Die Ministerpräsidentschaft, das Finanz- und Außenministerium wird wieder Papanastasiu übernehmen. Venizelos hat Griechenland verlassen.

Alwin Körsten †.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, ist am Montag nachmittag Genosse Alwin Körsten nach längerer Krankheit verstorben. Er war am 29. September 1856 zu Söhesten, Kreis Merseburg, geboren und erlernte, nachdem er die Schule verlassen, das Formerhandwerk. Schon frühzeitig schloß er sich der politischen Arbeiterbewegung an. 1886 finden wir ihn in Berlin bereits im Fachverein der Former an erster Stelle tätig.

In der Berliner Gewerkschaftsbewegung war Körsten einer der ersten. Im Jahre 1901 wurde er von den Berliner Gewerkschaften zum Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission gewählt, welchen Posten er bis zum Jahre 1919 bekleidete. Auch an dem Zustandekommen des Berliner Gewerbegerichts hat Körsten eifrig mitgewirkt. Nach seinem Ausscheiden aus der Berliner Gewerkschaftskommission wurde Körsten an das Landesarbeitsamt in Berlin berufen. Hier wirkte er bis ihn die Krankheit aufs Lager zwang, von dem er nicht wieder aufstehen sollte.

Alwin Körsten hat sich aber nicht nur als Gewerkschaftler betätigt. Der politischen Bewegung hat er gleichfalls seine Kraft zur Verfügung gestellt. Es war die pommersche Arbeiterschaft, die Körsten als Weobereiter des Sozialismus zu sich holte. In langjähriger Arbeit hat er geholfen, den schweren Boden zu bearbeiten. Seiner Rührigkeit ist es mit zu danken, daß der Wahlkreis Randow-Greifenhagen im Jahre 1903 zum erstenmal im Reichstage von einem Sozialdemokraten vertreten wurde. Die Parteigenossen in Randow und später die Genossen der ganzen Provinz Pommern haben Alwin Körsten immer wieder in den Reichstag entsandt.

Der Boxkampf.

Keine Sportart ist so umstritten wie das Boxen. Man ist vielfach geneigt, in dem Auftreten von [illegible] nur die Befriedigung niedrigster Instinkte, wie [illegible] zu erblicken. Daß man jedoch zu einem andern Urteil über den Boxkampf kommen kann, zeigt folgende Schilderung, die der bekannte Reichstagsabgeordnete Gen. Sollmann von einem Berufsboxkampf entwirft:

Als ich mich entschloß, eine lange gehegte Absicht auszuführen und endlich mir einmal einen Boxkampf anzusehen, war die allgemeine Voraussage meiner Freunde, daß ich schon in der ersten Runde angewidert den Raum verlassen werde. Worauf sich diese Meinung stützte? Nun, auch diese Freunde hatten so wenig wie ich jemals einen Boxkampf erlebt. Mit dem Worte Boxen aber sind für uns Vorstellungen von wilder Roheit, zerschlagenen Kinnladen, blutigen Nasen und geschwollenen Augen verbunden. Wie kann ein nicht vollkommen verrohter Mensch sich solche Kämpfe ohne tiefstes Abscheu ansehen mögen! Solchen Sport üben nur gemeine Schläger aus, und das Publikum, das sie beifällt, gehört irgendwie zur Hefe, auch, wenn es in seidenen Kleidern und Pelzmänteln in der Halle sitzt.

Was nun zunächst das Publikum angeht, das mit Spannung [illegible] den [illegible] Sportpalast in Berlin füllte, so müßte ich lügen, wenn ich behaupten wollte, daß es [illegible] Ich habe jedenfalls im Laufe dieser Jahre so manche Versammlung erlebt, in der es wilder und beißender und schlimmer zuging, als an dem Abend in dem großen Sportpalast in Berlin. Die Leute nahmen spannenden Anteil an den Kämpfen. Man hörte auch einige Pfiffe vereinzelt auch einige [illegible] Zurufe, die jedesmal eine abwehrende Heiterkeit bei der großen Menge der Zuschauer hervorriefen.

Mein Platz war unmittelbar unter dem Ring, dem großen Podium, auf dem die Boxer sich gegenüberstehen. Was wird sich nun an [illegible] begeben? Es zeigen zwei junge Leute in einer Art Badeanzug [illegible] mit [illegible] die, wenn sie Schauspiel [illegible] [illegible] Ein Vergleich, ein grausames [illegible] der von harten Bandagen umschlossenen Boxerhände und schon beginnt der Kampf. Was mich nach wenigen Augenblicken gefangen nimmt, ist die Geschicklichkeit dieser jungen [illegible] gebauten Menschen, ist die Technik der Kämpfenden, ist der Geist schneller Ueberlegung, ist das Spähen nach der Blöße des Gegners, ist die blitzschnelle Entschlußkraft, ist die Zähigkeit des Ausharrens, ist der Wille, der starke Wille, [illegible] Schmerzen, unter denen der [illegible] Mensch [illegible] und erliegen würde, äußerlich unerschüttert zu tragen. Dem Zuschauer schwindet das Gefühl, daß [illegible] von großer Kraft ausgeteilt und eingesteckt werden. Es ist leicht, solchen Kampf als roh zu bezeichnen, aber man versetze sich einen Augenblick an die Stelle der Boxenden und frage sich dabei, welch ein Maß von Selbstbeherrschung und Willen dazu gehört, in einem solchen Schauspiel sich so [illegible] zu benehmen, wie es diese jungen Leute tun.

Wieder ein Gongschlag. Die erste Runde von drei Minuten ist beendet. Beide Boxer gehen federnden Schrittes in je eine Ecke des Ringes, lassen sich auf einen Schemel nieder, und mit fabelhafter Geschwindigkeit sind die Sekundanten mit Wasser und Handtüchern um sie bemüht. Nach einer Minute: neuer Kampf. Zehn solcher Runden gehen für beide Boxenden hin. Eine Reihe solcher Kämpfe füllte den Abend aus. In einem Falle gab es ein neben dem [illegible] Gesicht, dessen Blut in der Minutenpause [illegible] Zweimal wurde ein Gegner durch Niederschlag [illegible] Schwer fällt er auf den harten Boden nieder. Seine [illegible] herbei, kaum haben sie ihn unter den Armen [illegible], als er auch schon mit eigener Kraft auf [illegible] nur sich nach wenigen Minuten leidlich erholt zu haben.

Ich verstehe nichts von der Technik des Boxens, auch nichts von den [illegible], die damit verbunden sein sollen und [illegible] damit verbunden sein mögen. Es mag also sein, daß die ritterliche Begrüßung, mit der die Boxer sich nach dem Kampfe, nach Sieg oder Niederlage [illegible] aber dann ist es mindestens eines Schauspiel, und ich glaube [illegible], es ist manchmal echt. Man [illegible] das diese jungen Leute ihre körperliche [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] dert, nicht ohne Anspannung des Gehirns und der Nerven geführt werden kann. Man habe auch Achtung vor dem Training, das einer solchen Leistung vorausgeht, vor der Pflege im besten Sinne des Wortes, die den Tempel des Leibes zu einer solchen Vollendung führen muß.

Lasse man auch den Boxern und ihren sportlichen Leistungen Gerechtigkeit widerfahren.

Wilhelm Sollmann.

Der Mensch noch keine vier Mark wert? Daß ein Menschenleben wenig Wert hat, ist uns während des Krieges oft genug zu Gemüte geführt worden. Daß es sogar nicht mehr Wert hat als etwas über vier Mark (genau 98 amerikanische Cents), zeigt der Chemiker Dr. C. A. Pierle vom „West Texas Teachers' College" der die Rohstoffe, die der menschliche Körper enthält, genau abgewogen und auf ihren Wert geschätzt hat. Dr. Pierle fand, daß der Körper eines Menschen im Gewicht von 75 Kilogramm, der in seine chemischen Bestandteile zerlegt wird, enthält: genügend Wasser, um ein paar wollene Decken zu waschen, genügend Eisen, um einen Bilderhaken herzustellen; genug Kalk, um einen kleinen Hühnerstall zu weißen, und schließlich genügend Schwefel, um die Flöhe auf einem mittelgroßen Hund abzutöten. Der Forscher meint, man könne all diese Stoffe in einer Drogenhandlung für einen Dollar kaufen.

Der Raubzug auf das Normalmetermaß. Ein interessanter Diebstahlsversuch wird aus Paris gemeldet. Ein Einbrecher hatte sich in den Pavillon de Breteuil in der Nähe von Sèvres geschlichen, um das dort aufbewahrte Normalmetermaß zu stehlen. Ein Wächter aber überraschte den Einbrecher, der sofort verhaftet wurde. Man fand bei ihm eine Sammlung von Werkzeugen, mit deren Hilfe er sich nachts Zugang zu dem Meterstab verschaffen wollte. Das Normalmetermaß stellt einen sehr großen Wert dar, da es ganz aus Platin hergestellt ist. In dem gleichen Raum befinden sich zahlreiche andere Gegenstände und Maße, die ebenfalls aus Platin bestehen.

Einziehung des russischen Papiergeldes. Infolge genügender Versorgung des russischen Geldmarktes mit wertbeständiger Valuta ist ein Dekret über die Einziehung des bisherigen Papiergeldes [illegible]

Das Vorkaufsrecht der Gemeinden aufrecht erhalten.

Die Verkleinerung des Volkstages abgelehnt. — Die Auflösung der Gutsbezirke.

Der Volkstag erledigte in seiner gestrigen Sitzung einen beträchtlichen Teil seiner umfangreichen Tagesordnung. An Lebhaftigkeit ließen die Verhandlungen nichts zu wünschen übrig. Hakenkreuz und Sowjetstern standen sich wieder einmal kampflüstern gegenüber, obwohl sie des öfteren enge Freundschaft halten. Das Bemerkenswerteste der Sitzung war die Niederlage des Regierungsblocks in der Frage des Vorkaufsrechts der Gemeinden bei Grundstückswechsel.

Die Sitzung wurde eröffnet mit der Beratung eines Gesetzentwurfs über

Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes.

Abg. Gen. **Gebauer** rügte dabei, daß der Senat keine eigenen Danziger Gesetze vorlege, sondern sich auf die Abschrift deutscher Gesetze beschränke. Der vorgelegte Gesetzentwurf sei wenig übersichtlich und den Danziger Verhältnissen nicht angepaßt. Redner bemängelte weiter, daß keine Nachzahlung der Renten erfolgen solle und erhob Einspruch gegen die beabsichtigte Aufhebung der Rekursinstanz. Gen. Gebauer legte dann weiter dar, wie notwendig die Aufbesserung der Kriegsopfer-Renten ist. Abg.

Die Auflösung der Gutsbezirke

betraf ein Gesetzentwurf, der nunmehr zur Beratung stand. Abg. Gen. **Brill** wies darauf hin, daß von ihm in einer der vorhergehenden Sitzungen die Gründe, die für Auflösung der Gutsbezirke sprechen, ausführlich dargelegt worden sind. Man hätte erwarten müssen, daß der Senat einen Gesetzentwurf vorgelegt habe, der den berechtigten Interessen der Bewohner der Gutsbezirke entspreche. Tatsächlich bedeute aber die Vorlage eine Verhöhnung dieser Leute. Sie sollen noch weiter von dem Gemeindemitbestimmungsrecht ausgeschlossen werden, denn der Gesetzentwurf bringt lediglich eine redaktionelle Aenderung der Landgemeindeordnung. Ganz entschieden wandte sich Gen. Brill dagegen, daß die Auflösung der Gutsbezirke abhängig ist von dem guten Willen der Gutsbesitzer. Im Ausschuß werde die sozialdemokratische Fraktion Anträge stellen, die den Gutsbezirksbewohnern die vollen Gemeinderechte geben. Abg. **Bukmakowski** (K.) war mit der Gesetzesvorlage ebenfalls nicht zufrieden und verlangte restlose Aufhebung der Gutsbezirke. Abg. Dr. **Eppich** (Abg) forderte die generelle Beseitigung der Gutsbezirke. Die Gesetzesvorlage bringe keine Aenderung der bestehenden Zustände. Der Gesetzentwurf wurde sodann dem Gemeindeausschuß überwiesen. Das Wandergewerbesteuergesetz wurde ohne Aussprache an den Steuerausschuß weitergegeben.

Die Verkleinerung des Volkstages

stand alsdann zur Beschlußfassung. Abg. Gen. **Loops** erstattete Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses. Es habe ein deutschnationaler Antrag vorgelegen, die Zahl der Volkstagsabgeordneten auf 60 herabzusetzen. Die Antragsteller wären auch bereit gewesen, einer Verkleinerung des Volkstages auf 90 Abgeordnete zuzustimmen. Die sozialdemokratische Fraktion habe sich mit der Verkleinerung des Volkstages auf 90 Abgeordnete einverstanden erklärt, wenn auch der Senat zu einer 7köpfigen parlamentarisch verantwortlichen Regierung umgestaltet werde. Dieses sei den Deutschnationalen unannehmbar erschienen. Im Ausschuß sei deshalb der Antrag von allen Parteien gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt worden.

Für die Deutschsozialen erklärte Abg. **Herrmann**, daß sie die Anträge auf Verkleinerung des Volkstages ablehnen würden, da die erforderliche ⅔-Mehrheit nicht zustandekomme. Abg. Dr. **Bumke** erklärte resigniert, daß zurzeit wenig Aussicht auf Annahme des Antrages bestände. In späterer Zeit werde ihm vielleicht ein besseres Schicksal beschieden sein.

Abg. Gen. **Rahn** begründete den sozialdemokratischen Standpunkt in dieser Frage. Er stellte fest, daß auch die Deutschnationalen nicht ganz mit den gegenwärtigen Zuständen zufrieden sind. Wenn das Volk gefragt würde, dann würde es neben der Verminderung der Zahl der Volkstagsabgeordneten auch die

Verringerung des Senats

verlangen. Die sozialdemokratische Fraktion fordert, daß an Stelle des unverantwortlichen Beamtensenats eine dem Parlament verantwortliche Regierung tritt. Die Freie Stadt Danzig würde bei den westlichen Großmächten und beim Völkerbund ein ganz anderes Ansehen genießen, wenn Danzig eine Regierung habe, die sich auf das Volk stützen könne. Wenn Danzig im Oktober 1922 eine rein parlamentarische Regierung gehabt hätte, dann wäre auch niemals das furchtbare Danzig-polnische Wirtschaftsabkommen geschlossen worden. Die Aussprache wurde dann geschlossen. Die Abstimmung ergab, daß nicht einmal die einfache Mehrheit für die Annahme des deutschnationalen Antrages vorhanden ist. Mit 49 gegen 46 Stimmen und 7 Stimmenthaltungen wurde die Verkleinerung des Volkstages abgelehnt.

Die Aufhebung des Vorkaufsrechts bei Grundstücksverkäufen

beschäftigte alsdann wieder einmal den Volkstag. Abg. **Dyck** (Dnatl.) teilte mit, daß der Steuerausschuß mit 9 gegen 8 Stimmen die Beseitigung des Vorkaufsrechts beschlossen habe. Abg. **Lembke** (D.Soz.) erklärte, daß die von den Gegnern des Vorkaufsrechts vorgetragenen Gründe nicht stichhaltig seien. Andererseits könnte das Vorkaufsrecht in seiner jetzigen Form zu großen Härten führen. Seine Fraktion habe deshalb einen Aenderungsantrag gestellt und beantrage nochmalige Zurückweisung an den Ausschuß.

Abg. Gen. **Beyer** stellte zunächst die eigenartige Zusammenstellung des Steuerausschusses fest. Die 55 Abgeordneten der Regierungspartei stellen 9 Vertreter, während die 37 Vertreter der Opposition nur 8 Vertreter haben. Sachliche Gründe für die Beseitigung des Vorkaufsrechts habe noch niemand vorgetragen. Bei 438 Grundstücksverkäufen sei nur in 7 Fällen von dem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht worden. Der Staat habe kein Interesse an dem Grundstückshandel, der Grund und Boden und die Mieten verteuere. Die Interessen der Allgemeinheit müßten höher stehen als die des einzelnen. Redner trat warm für die Beibehaltung des Vorkaufsrechts in seiner jetzigen Form ein.

Abg. **Doerksen** (Dnatl.) forderte im Auftrage seiner Fraktion die Beseitigung des Vorkaufsrechts. Abg. **Weiß** (Z.), der als entschiedener Gegner des Vorkaufsrechts auftrat, konnte sachliche Gründe dafür nicht anführen. Die Ideen der Bodenreformer scheinen ihm ein Greuel zu sein; er zeigte sich auch wenig vertraut mit den Einzelheiten beim Grundstücksverkauf. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß ihm die Interessen einzelner höher stehen als das Staatsinteresse. Abg. Dr. **Eppich** (Abg) zerpflückte wenig zartfühlend die Ausführungen seines Vorredners. Es gäbe eben Leute, die für Belehrung unzugänglich seien. Abg. Dr. **Blavier** (D.D.P.) trat für die Beseitigung des Vorkaufsrechts ein. Dieser Deutsch-Danziger Abgeordnete befürchtete, daß man sonst kein internationales Kapital für Häuserbau bekommen werde.

Es kam dann zur Abstimmung. Die deutschsozialen Anträge wurden mit 98 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Mit großem Interesse schritt das Haus dann zu der Abstimmung über die Beseitigung des Vorkaufsrechts. Als an den Abstimmungskarten zu ersehen war, daß auch die Deutschsozialen für die Beibehaltung des Vorkaufsrechts stimmten, setzten von seiten der Deutschnationalen und der Zentrumsabgeordneten Beeinflussungsversuche ein. Unter allgemeiner Spannung verkündete Präsident Gen. Gehl das Resultat der Abstimmung: Das Vorkaufsrecht war gerettet worden! Mit 49 gegen 55 Stimmen und 1 Stimmenthaltung war der Regierungsblock unterlegen.

Danzig und Sowjetrußland.

Die kommunistische Fraktion hat dem Hause zwei Anträge unterbreitet, die die politische Anerkennung Sowjetrußlands durch den Freistaat und die Anbahnung von Handelsbeziehungen zwischen Danzig und Sowjetrußland forderten. Abg. Gen. **Rahn** teilte als Berichterstatter mit, daß die übergroße Mehrheit den beiden Anträgen zugestimmt habe. Redner empfahl im Auftrage des Ausschusses die Annahme einer entsprechenden im Ausschuß gefaßten Entschließung. Gegen diese Anträge sprach nur der Abg. **Hohnfeldt** (D.Soz.), der die russischen Machthaber als Verbrecher-Regierung bezeichnete. Als er diesen beleidigenden Ausdruck mehrere Male wiederholte, wurde die äußerste Linke sehr erregt und gab dieser Erregung auch Ausdruck. Ebenso wenig wie er von der politischen Anerkennung Rußlands etwas wissen wollte, war er mit der Anbahnung von Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland einverstanden. Abg. Raube (K.) trat dem Hakenkreuzler scharf entgegen. Mit dem Ausschußbeschlusse und dem Standpunkt der Regierung war er zufrieden. Abg. Gen. **Rahn** erwartete von der Aufnahme der Beziehungen mit Sowjetrußland eine Belebung des Danziger Wirtschaftslebens, was im Interesse der Arbeitslosen nur zu begrüßen sei. Er bedauerte, daß die Beschimpfung der Sowjetregierung ungerügt geblieben ist. Beide Anträge wurden dann mit großer Mehrheit angenommen. Nur die Deutschsozialen und einige deutschnationale Abgeordnete stimmten dagegen.

Dann beschäftigte sich das Haus mit der

Warenhaussteuer,

deren Aufhebung von der Regierung gefordert wurde, weil die Einnahmen nicht einmal die Erhebungskosten decken. Abg. **Habel** (Dnatl.) trat dennoch für Beibehaltung der Steuer ein. Sie sei im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden notwendig. Die gleiche Ansicht vertrat auch der deutschsoziale Abg. Dr. **Lembke**, während der Kommunist **Hoffmann** die Aufhebung der Steuer forderte, weil sie doch auf die Verbraucher abgewälzt werde. Für die Deutsche Partei trat der Abg. **Schmidt** für Aufhebung der Warenhaussteuer ein. Abg. Gen. **Leu** betonte mit Recht, daß trotz der Warenhaussteuer der Mittelstand verarmt sei. Die Warenhaussteuer habe der Entwicklung keinen Abbruch tun können. Die Warenhaussteuer müsse schon deshalb beseitigt werden, weil ihr Ergebnis nicht einmal die Erhebungskosten deckt. Abg. Dr. **Blavier** (D.D.P.) bekannte sich als Freund der umkämpften Steuer.

Da die Zeit schon etwas vorgerückt und ein großer Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten zu dem Vortrag des Gen. Graf gegangen war, machte Abg. Gen. **Rahn** dem Hause den Vorschlag, die Abstimmung über diesen Gesetzentwurf auszusetzen und in der Erledigung der Tagesordnung weiterzufahren. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Jedermann, der die Gepflogenheiten im Hause kennt, wußte nun, daß die erste namentliche Abstimmung die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeiführen wird. Nur der Abg. Hohnfeldt schien das nicht zu wissen, denn er beantragte namentliche Abstimmung, erhielt aber unter großer Heiterkeit des Hauses nicht die notwendige Unterstützung. Ein Antrag des Abg. **Rahn** auf namentliche Abstimmung hatte selbstverständlich den gewünschten Erfolg. Das Haus wurde beschlußunfähig, und nachdem der Abg. Hohnfeldt noch eine kleine Lektion über die Geschäftsordnung erhalten hatte, vertagte sich der Volkstag auf heute nachmittag.

Die polnischen Anschriften der Eisenbahnwagen.

Wiederholt ist in der Presse darauf hingewiesen worden, daß die Danziger Bevölkerung es als einen schweren Uebelstand empfindet, wenn insbesondere im Vorortverkehr Eisenbahnwagen laufen, die lediglich polnische Anschriften tragen. Allen Entscheidungen und Zusicherungen zum Trotz sind diese Wagen immer noch im Verkehr, obwohl sie für den größten Teil der Reisenden eine Quelle der Gefahren bilden, da Anschriften, die nicht verständlich sind, auch nicht beachtet werden können. Daß die deutsche Sprache die Verkehrssprache auf der Eisenbahn sein soll, dürfte den polnischen Eisenbahnbehörden auch nicht unbekannt sein.

Der Präsident der polnischen Staatsbahndirektion hat jetzt zugesagt, die Angelegenheit bis zum 15. d. Mts. endgültig zu erledigen. Das von ihm unterm 26. Februar an den Delegierten der Freien Stadt für die Eisenbahnangelegenheiten gerichtete Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Ihren wiederholten Beschwerden über Einstellung von Wagen mit nur polnischen Innenaufschriften in den Vorortverkehr und in den Verkehr zwischen Marienburg—Simonsdorf—Tiegenhof—Tczew volle Rechnung tragend, verfüge ich, daß bis zum 15. März d. Js. sämtliche auf den hier in Betracht kommenden Bahnstrecken verkehrenden Personenwagen unbedingt mit den vorgeschriebenen zwei- bezw. dreisprachigen Aufschriften versehen sein müssen. Etwaige nach dem genannten Zeitpunkte wahrgenommenen Verstöße gegen diese Verfügung bitte ich mir von Fall zu Fall zur Kenntnis bringen zu wollen."

Ob diese Verfügung durchgeführt wird, wird sich so bald zeigen.

Neue Löhne im Tischlergewerbe.

Im Tischlergewerbe sind auf Grund von Vereinbarungen vor dem Demobilmachungskommissar vom 12. März neue Lohnsätze, Ueberstunden- und Nachtstundenzuschläge festgesetzt. Diese Festsetzung gilt vom 6. März bis 30. April einschließlich. Die Stundenlöhne betragen für Facharbeiter über 22 Jahre 73 Pfg., von 20—22 Jahre 71½ Pfg., bis 20 Jahre einschließlich sämtl. Junggesellen 58½ Pfg.; Hilfsarbeiter über 22 Jahre 67 Pfg., von 20—22 Jahre 62 Pfg., von 17 bis 20 Jahre 57½ Pfg., von 16—17 Jahre 30 Pfg., von 15 bis 16 Jahre 23½ Pfg., von 14—15 Jahre 20 Pfg. Der Ueberstundenzuschlag beträgt: für Facharbeiter über 22 Jahre 16¾ Pfg., von 20—22 Jahre 14 Pfg., bis 20 Jahre einschl. sämtl. Junggesellen 11¾ Pfg.; für Hilfsarbeiter über 22 Jahre 13 Pfg., von 20 bis 22 Jahre 12¼ Pfg., von 17—20 Jahre 11¾ Pfg., von 16—17 Jahre 6 Pfg., von 15—16 Jahre 4½ Pfg., von 14—15 Jahre 4¼ Pfg. Der Nachtstundenzuschlag beträgt: für Facharbeiter über 22 Jahre 37½ Pfg., von 20—22 Jahre 36 Pfg., bis 20 Jahre einschl. sämtl. Junggesellen 29¼ Pfg.; für Hilfsarbeiter über 22 Jahre 32½ Pfg., von 20 bis 22 Jahre 30 Pfg., von 17—20 Jahre 28 Pfg., von 16—17 Jahre 15 Pfg., von 15 bis 16 Jahre 11¾ Pfg., von 14—15 Jahre 9½ Pfg.

Die erheblichen Unterschiede

in der Beamtenbesoldung in Danzig und Deutschland

wurden bereits im Volkstag an einigen Beispielen aus den höheren Gruppen sehr drastisch illustriert. Bei der völlig ungenügenden Besoldung der unteren und mittleren Gruppen der Beamten ist eine Erhöhung der Gehälter dieser Kreise nur gerechtfertigt. Unbegründet ist jedoch die starke, meist die doppelte betragende Uebersteigerung der ausreichenden Gehälter der oberen Stufen. Es betragen die Höchstgehälter in:

Gruppe	9	in Danzig	510	Gulden,	im	Reiche	276	Gulden
„	10	„	„	604	„	„	„	330	„
„	11	„	„	720	„	„	„	381	„
„	12	„	„	855	„	„	„	448	„
„	13	„	„	1020	„	„	„	546	„
Einzelgehalt	1	„	„	1125	„	„	„	580	„
„	2	„	„	1300	„	„	„	640	„
„	3	„	„	1500	„	„	„	735	„
„	4	„	„	1600	„	„	„	760	„
„	5	„	„	3000	„	„	„	990	„

Diese Gruppen umfassen hauptsächlich Regierungsräte, Oberregierungsräte, Staatsräte, Senatoren und den Senatspräsidenten. Je höher die Gruppen desto krasser ist der Unterschied. Diese starke Uebersteigerung der durchaus ausreichenden Gehälter der höheren Besoldungsgruppen ist wohl eines der traurigsten Kapital aus der Herrschaft des bürgerlichen Senats. Anstatt die Mittel so zu vergeuden, sollte man die völlig unzureichenden Einkomme nder unteren und mittleren Beamten sowie der Arbeiter und Angestellten aufbessern damit diese wenigstens notdürftig ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Die Vorträge des Gen. Graf.

Gestern abend hat der zweite Vortragskursus des Gen. Engelbert Graf über „Die wirtschaftlichen, geistigen und gesellschaftlichen Voraussetzungen des Sozialismus" begonnen. Graf erläuterte eingangs die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Begriffe und machte die Zuhörer in Form einer Arbeitsgemeinschaft mit den Grundlagen und Formen der menschlichen Gesellschaft bekannt. Seine anregende Vortragsweise fesselte die Besucher und ließ alle Teilnehmer starken Anteil nehmen. Der zweite Vortrag findet am Donnerstag Abend statt und ist noch Gelegenheit geboten, sich diesem interessanten und wertvollen Kursus als Teilnehmer anzuschließen.

Am Dienstag Abend sprach Genosse Engelbert Graf im Werftspeisehaus über „Europa und der Imperialismus der Großmächte". Um es von vornherein zu sagen, es war ein seltener Genuß, der den zahlreich Versammelten geboten wurde. Eingeleitet wurde der Abend durch je zwei Vorträge der Gesangvereine „Freier Sänger" und „Sängergruß". Ersterer brachte den „Chor der Bergleute" und das „Lied an die Geduld" zum Vortrag. Der gemischte Chor des „Sängergruß" trug „Wahrheit" und das Lied „Die Schnitter" vor.

Dann unternahm Genosse Engelbert Graf mit den Versammelten einen Ausflug in die Weltwirtschafts-Politik. An Hand von geographischen Karten und Erläuterungen auf einer Tafel gab Graf einen Umriß der Weltpolitik und legte die imperialistischen Expansionsbestrebungen der Großmächte in klar verständlicher Weise dar. Trotz der wenig angenehmen kalten Temperatur im Saale fesselte der Vortragende zwei Stunden die Zuhörer. Seine Ausführungen klangen in die Aufforderung an die Arbeiterschaft aus, sich mehr wie bisher um die weltwirtschaftliche Politik zu kümmern, um nicht noch einmal von einem kriegerischen Ereignis so überrascht zu werden, wie es beim Ausbruch des Weltkrieges der Fall war. Starker, ehrlicher Beifall dankte dem Vortragenden für seine interessanten und lehrreichen Ausführungen.

Die weiteren Vorträge.

Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, spricht Engelbert Graf im gewerkschaftlichen Kursus über „Die Entwicklung des modernen Proletariats".

Freitag, abends 7 Uhr, Vortragskursus des Bildungsausschusses: „Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Voraussetzungen des Sozialismus."

Sonnabends den 15., abends 6½ Uhr:

Lichtbilder-Vortrag: Stammt der Mensch vom Affen ab?

Alle Vorträge finden in der Aula des Städtischen Gymnasiums am Winterplatz statt. Einlaßkarten sind am Saaleingang erhältlich.

Die Einlösungsfrist der 100-Gulden-Kassenscheine ist bis zum 12. April verlängert worden. Nach Ablauf dieser Frist verlieren diese Scheine ihre Gültigkeit.

Die hohen Fleischpreise sind Gegenstand einer kleinen Anfrage an den Senat. Es wird darin ausgeführt, daß in letzter Zeit die Spanne zwischen den Preisen für Schlachtvieh und den Kleinverkaufspreisen für Fleisch so angewachsen ist, daß von einer regelrechten Preistreiberei auf diesem Gebiete gesprochen werden kann. Der Senat wird um Auskunft gebeten, ob und inwieweit sich die Wuchervolizei bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat, und weiter, ob der Senat es nicht für angezeigt hält, wieder Richtpreise für den Kleinverkauf von Fleisch durch eine Notierungskommission festsetzen zu lassen.

Kaninchenzüchter. Im heutigen Inseratenteil gibt der W.-R.- und D.-R.-Sch.-Klub seine Mitgliederversammlung bekannt. Spezialzüchter dieser Rassen sind stets willkommen. Auskunft erteilt der Vorsitzende Lattenhauer, Neufahrwasser, Wilhelmstraße 10, Hof.

Eisenbahner und polnische Sprache. Befremden und berechtigte Empörung hat nicht nur bei den Eisenbahnern, sondern in der ganzen Freistaatbevölkerung das Verlangen der polnischen Staatsbahnverwaltung erregt, daß sämtliche Danziger Eisenbahner bis zum 1. Januar 1926 die polnische Sprache zu erlernen haben. Am kommenden Sonnabend werden die Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen mit dem Präsidenten der polnischen Staatsbahndirektion deshalb verhandeln. Auch wird der Volkstag sich mit dieser Forderung, die im Widerspruch mit der Entscheidung des Oberkommissars steht, beschäftigen.

Polizeibericht vom 13. März 1924. Verhaftet: 29 Personen, darunter 5 wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 1 wegen Unterschlagung, 6 wegen Trunkenheit, 2 zur Festnahme aufgegeben, 8 in Polizeihaft und 2 Personen obdachlos.

[illegible] Mann mit den zwei Frauen. Der Fleischer Gustav [illegible]lich in Danzig war in England ansässig und verheiratete sich dort mit einer Engländerin. Die Ehe war jedoch nicht glücklich. Im Jahre 1914 wollte er sich scheiden lassen. Dann brach der Krieg aus. Perlich wurde als Deutscher in ein Lager gebracht und kam nach Friedensschluß wieder zurück in die Heimat. Seine Frau hat er seit dem Kriege nicht mehr gesehen. Sie soll ihm nur beschimpfende Briefe geschrieben haben. In Danzig verheiratete er sich nochmals und hatte sich nun wegen Doppelehe vor der Strafkammer zu verantworten. Er machte nun geltend, daß in England eine Ehe als geschieden gelte, wenn die Eheleute jahrelang getrennt leben. Das stimmt jedoch nicht. Das Gericht verurteilte Perlich wegen Doppelehe zu 6 Monaten Gefängnis.

Oliva. Landverteilung an Ortsarme. Armengeldempfänger, die für dieses Jahr Kartoffelland überwiesen haben wollen, werden aufgefordert, sich sofort im Wohlfahrtsamt, Zimmer 8 des Rathauses zu melden. — Anmeldungen für das Lyzeum. Das neue Schuljahr beginnt am 24. April. Anmeldungen für die Klassen I bis VII werden täglich von 12 bis 1 Uhr entgegengenommen.

Zoppot. Leichenfund am Strande. Am Sonnabendnachmittag wurde von Spaziergängern eine in der Nähe der Seestegspitze im Wasser treibende Leiche gesichtet. Einigen Knaben, die sehr waghalsig auf Eisschollen balancierend, sich dem grausigen Funde nähern konnten, gelang es, diesen mittels Rettungshaken an Land zu bergen, wo die Polizei benachrichtigt wurde. Es handelt sich um eine männliche Leiche, und zwar, wie aus den vorgefundenen Papieren hervorgeht, um die eines holländischen Barons v. Graeven, der seinerzeit im hiesigen Edenhotel wohnte und seit Anfang November plötzlich spurlos verschwunden war. Es handelt sich wahrscheinlich um ein Opfer des Spielklubs.

Aus dem Osten

Königsberg. Preisleisünder. Wegen Beleidigung des Reichstagsabgeordneten van den Kerckoff wurde der Hauptschriftleiter der „Königsberger Volkszeitung", Genosse Burgatsch, zu 75 Mark Geldstrafe, evtl. 5 Tagen Haft verurteilt.

Allenstein. Der Polizeioberwachtmeister als Wilderer. Die Allensteiner Strafkammer verhandelte gegen Polizeioberwachtmeister Strauß von der Allensteiner Schutzpolizei wegen Jagdvergehens. Trotz seines Leugnens hielt ihn das Gericht für schuldig und erkannte gegen den Angeklagten auf eine Geldbuße von 100 Goldmark oder 20 Tagen Gefängnis.

Goldap. Unschuldig. Wegen des Verdachtes, seine Ehefrau vergiftet zu haben, wurde kürzlich der Besitzer Laubach in Regellen verhaftet. Nachdem nun die Leiche seziert wurde, hat sich die völlige Unschuld des Laubach herausgestellt. Laubach ist sofort aus der Haft entlassen worden.

Ragnit. Der Streik in der Zellstoff-Fabrik ist jetzt nach zehnwöchiger Dauer beendet. Die Arbeiter haben ihre Forderung auf Beibehaltung des Achtstundentages nicht durchsetzen können. Die Neueinstellung erfolgt einzeln unter Anerkennung einer Arbeitszeitverlängerung; ein Teil der Belegschaft wird einstweilen nicht wieder eingestellt.

Willenberg. Im Streit erschossen wurde der Altsitzer Badorrek aus Grünhof bei Flammberg von seinem Schwiegersohn, dem Besitzer Gacziosch. Badorrek lebte mit seinem Schwiegersohn nicht auf gutem Fuße. Nachdem er im Gasthaus getrunken hatte, kam er nach Hause und machte Skandal, wollte auch in die Wohnung des Gacziosch eindringen. Es kam nun zwischen Badorrek und Gacziosch zu einem Streit, wobei Badorrek den G. mit einem Kartoffelstampfer niederschlagen wollte. G. flüchtete in seine Wohnung, wohin ihm Badorrek folgte. Darauf wollte ihn G. hindern, in seine Wohnung einzudringen, ergriff eine mit Schrot geladene Jagdflinte und legte auf B. an. Plötzlich entlud sich die Flinte und die volle Ladung drang dem B. in die rechte Brustseite. G. stellte sich selbst dem Landjäger.

Memel. Die Aufenthaltsbestimmungen im Memelgebiet. Der Aufenthalt von Ausländern im Memelgebiet ist nur mit einer Aufenthaltsgenehmigung gestattet. Außer dem Einreisevisum, das für Reichsdeutsche 36 Lit kostet, wird für den Aufenthalt der Ausländer in Zukunft noch eine Gebühr von 5 Lit je Person monatlich erhoben werden. Ausländer, die im Besitz eines Einreisevisums sind und sich über die darin angegebene Frist im Memelgebiet aufhalten, haben eine Strafe in dreimaliger Höhe der Visumgebühr zu gewärtigen und können außerdem ausgewiesen werden.

Stettin. Rückgang der Erwerbslose. Der Stettiner Arbeitsmarkt zeigte gegenüber dem Vormonat eine nicht unerhebliche Besserung insofern, als das Angebot um 1880 auf 14125 Arbeitsgesuche (darunter 2862 weiblichen Geschlechts) am Schlusse des Berichtsmonats zurückging. Ganz besonders machte sich diese Besserung im Bekleidungsgewerbe bemerkbar, wo das Angebot durch lebhafte Vermittlung auf 362 zurückging.

Stettin. Ein Raubüberfall wurde in der Nacht zum Sonntag auf den Viehhändler Emil Bartelt in Pölitz verübt. Zwei Männer drangen in seine Wohnung ein, stachen blindlings mit einem Dolch auf Bartelt ein, und zwar so lange, bis der Ueberfallene bat, ihn doch am Leben zu lassen. Er gab den Räubern dann freiwillig seine Barschaft in Höhe von 100 Mark. Bartelt hat gegen zehn Messerstiche am ganzen Körper erhalten und wurde ins städtische Krankenhaus übergeführt. Als einer der Täter wurde der Lagerist Hans Kofer in Stettin ermittelt. K. hat früher in Beziehungen zu einer Tochter des Ueberfallenen gestanden. Ueber die Person des zweiten Täters ist zurzeit noch nichts bekannt.

Kulm. In religiösem Wahnsinn ging der 20jährige Sohn des Besitzers Baumann auf den Heuboden; bald darauf schlugen Flammen aus dem Dach hervor und äscherten Haus, Stall und Scheune, die unter einem Dache vereinigt waren, ein. Die Reste des verkohlten Leichnams des Sohnes fand man in der Asche vor.

Aus aller Welt

Eine Explosionskatastrophe bei Höchst. Aus Wiesbaden wird gemeldet, daß bei der Munitionsverlegungsstelle in Kelsterbach bei Höchst a. M. sich vorgestern eine Explosion ereignete, deren Heftigkeit bis Wiesbaden zu spüren war. Einzelheiten sind noch nicht bekannt geworden.

Schwere Schiffskollision in der Elbemündung. Der japanische Dampfer „Amur Maru", der sich auf der Fahrt von Hamburg nach Kobe befand, kollidierte bei unsichtigem Wetter in der Elbemündung mit dem von Newyork kommenden deutschen Dampfer „Marthe Hemsoth". Dieser wurde mit aufgerissenem Seitenblatt und Wasser im Raum nach Cuxhaven eingeschleppt und mußte hier einen Teil seiner in Stückgut bestehenden Ladung löschen. Nach provisorischer Abdichtung wurde der Dampfer nach Hamburg gebracht. Der japanische Dampfer erlitt nur leichten Schaden am Bug.

Der Berliner Frauenmörder Gerth ist am Montag zum ersten Male eingehend vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Die Untersuchung wird sehr beschleunigt. Es besteht die Absicht, die Anklage gegen Gerth noch vor dem 1. April zu erheben und ihn dann vor die Strafkammer zur Aburteilung zu bringen.

Internationale Boxkämpfe in Berlin. Im Berliner Sportpalast werden am 14. März internationale Boxkämpfe vor sich gehen. Es treten die Engländer Boeing Smith Davis, Harry Drake und Seaman Hall den deutschen Boxkämpfern Kurt Prenzel, Hans Breitensträter und Walter Funke gegenüber. Der Schwede Persson wird mit Rudi Wagener kämpfen. Am 24. März wird der deutsche Schwergewichtsmeister Samson-Körner mit dem englischen Schwergewichtsmeister Frank Goddar einen Kampf ausfechten.

Ein zum Tode verurteilter Deutscher in Freiheit gesetzt. Die französische Regierung hat auf Antrag des Botschafters v. Hoesch den auf Saint-Martin de Ré internierten deutschen Staatsangehörigen Wilhelm Dreyer, der seinerzeit in dem bekannten Mainzer Sabotageprozeß zum Tode verurteilt worden war, vorläufig in Freiheit gesetzt und den Strafvollzug suspendiert.

Wegen unerlaubter Fischerei in dänischen Gewässern (Island) wurde der Cuxhavener Trawler „Richard C. Krogmann" zu 10000 Kronen Strafe, Konfiskation der Geräte sowie Tragung der Kosten verurteilt.

Schreckenstat eines entmenschten Vaters. Ein grausiges Verbrechen wurde wiederum in Berlin verübt. Ein Arbeiter Springer war aus dem Zuchthause zurückgekehrt, wo er wegen Vergehens an seiner eigenen Tochter 1½ Jahre verbüßt hatte. Seine Frau beobachtete aber, daß er trotz dieser Strafe der Tochter von neuem nachstellte, und traf deshalb besondere Vorsichtsmaßregeln. Sie verließ möglichst selten die Wohnung, um die Tochter nicht allein zu lassen, und schlief mit ihr in dem einen Zimmer der Wohnung, während der Mann das zweite mit seinen Söhnen teilte. Vorgestern abend blieb nun Springer sehr lange im Schlafzimmer der Frauen und begab sich nur widerwillig zu seinen Söhnen. Früh morgens mußte aber Frau Springer ihren Söhnen das Frühstück bereiten, und diese Gelegenheit benutzte ihr Ehemann, um wieder in das Schlafzimmer seiner Tochter zu gelangen. Hier ergriff der Wüstling ein Beil und schlug blindlings auf den Kopf seiner schlafenden Tochter ein. Sie starb bald nach der Aufnahme im Krankenhaus. Die Beilhiebe hatten den Kopf zertrümmert. Springer stellte sich selbst der Polizei. Er gibt die Tat zu und will sie aus Eifersucht verübt haben, da seine Tochter zu einem anderen Manne Beziehungen unterhalten habe. Der Beweggrund ist aber ausschließlich der, daß seine erneuten Nachstellungen erfolglos geblieben waren.

Von nächtlichen „Patienten" ausgeraubt. Ein eigenartiges Erlebnis hatte ein Zahnarzt in Berlin, Kurfürstendamm. Er wurde gegen 12 Uhr nachts telephonisch angerufen und gebeten, sich von einem Patienten sprechen zu lassen, der entsetzlich unter Zahnschmerzen zu leiden hätte. Der Zahnarzt ließ das Haustor öffnen. Drei junge Männer kamen in die Wohnung. Als er sie im Korridor empfing, wurden er und das gleichfalls anwesende Dienstmädchen in das Schlafzimmer gedrängt, wo die Gattin des Zahnarztes im Bett lag. Einer der Männer zog einen Revolver und drohte, daß er beim geringfügigsten Laut schießen würde. Die anderen suchten die Wohnung ab und packten an wertvollen Instrumenten, Teppichen und Kunstgegenständen alles zusammen, was sie nur tragen konnten. Schließlich holten sie den dritten aus dem Schlafzimmer ab, der den Zahnarzt jetzt im Zimmer einschloß und den Schlüssel mitnahm. Die Diebe sind in der Dunkelheit entkommen.

Eine Bande von internationalen Scheckfälschern ist von der Berliner Kriminalpolizei gesprengt worden, wobei einer der Beteiligten festgenommen werden konnte. Bei Berliner Banken wurden in der letzten Zeit wiederholt kleine Devisenverkäufe getätigt, bei denen es sich in einzelnen Fällen nur um 20 bis 30 Dollars handelte. Die Verkäufer ließen sich kein bares deutsches Geld geben, sondern Dollarschecks auf Banken in Holland, England und Amerika. Diese Schecks wurden aber nicht ordnungsgemäß den ausländischen Banken vorgelegt, sondern dienten den Devisenverkäufern zu Fälschungen. Sie „wuschen" die Summen sorgfältig aus und setzten dafür bedeutend höhere Summen ein, die in die Tausende gingen. Diese aufgefälschten Schecks gaben sie dann bei anderen Banken in Zahlung, die so um erhebliche Beträge geschädigt wurden.

Die Erpressertaube. Ein reicher Kaufmann in Long Island war der Gegenstand eines eigenartigen Erpressungsversuches. Zwei Männer ließen sich bei ihm melden, stellten ein großes Paket auf den Tisch, und er mußte sich verpflichten, den beiden Männern 10000 Dollars zu zahlen, widrigenfalls er ermordet werden sollte. Damit die beiden sich aber ungehindert entfernen konnten, sollte die Zahlung folgendermaßen vor sich gehen: In dem Paket befand sich ein Bauer mit einer Brieftaube. Diese Taube sollte der Erpresserbande die 10000 Dollar überbringen. Er ließ die Erpresser gehen und benachrichtigte sofort die Polizei. Nach reiflicher Ueberlegung beschlossen die Beamten die Verfolgung der Uebeltäter auf eine bisher noch nicht dagewesene Weise vorzunehmen. Die Taube soll nämlich an dem verabredeten Tage aufgelassen werden und ein Flugzeug mit zwei Detektiven an Bord soll das Tier verfolgen, um auf diese Weise den Schlupfwinkel der Erpresser ausfindig zu machen.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spendhaus 6, gegen Barzahlung entgegen genommen. Zeilenpreis 15 Guldenpfennig.

Landesvorstand der VSPD. Donnerstag, den 13., abends 7 Uhr, im Fraktionszimmer: wichtige Sitzung. Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

D.M.V. Die Branchenversammlung der Former und Gießereiarbeiter fällt aus. (12256

Gemeinschaft arbeitender Jugend. Freitag, den 14. März, abends 7½ Uhr, Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft. Dr. Rosenbaum, über Grundbegriffe des Staatsrechts, im Städt. Gymnasium.

D.M.V. Kollegen der Danziger Werft, Werkzeugbau. Freitag, den 14. März, 3½ Uhr, Maurerherberge, Schüsseldamm 28. Werkstattversammlung. Verbandsbücher sind mitzubringen. (12266

Arbeitsgemeinschaft der Liga für Menschenrechte. Am Sonnabend, den 15. März 1924, abends 7.30 Uhr, spricht Dr. Bing im Saale der Naturforschenden Gesellschaft über das Thema: „Der Danziger Justizmord". Erscheinen aller Gesinnungsfreunde wird als Pflicht erachtet. (12228

Frauenkommission der VSPD. Montag, den 17., abends 7 Uhr findet im Parteibureau eine Sitzung der Frauenkommission statt.

Die Zwei und die Dame.

9) Roman von Sven Elvestad.

„Den Fahrplan", rief er.

Der Sprecher, der begriff, daß etwas Ungewöhnliches los sei, kam in aller Eile mit dem Fahrplan. Es zeigte sich, daß gerade in einigen Minuten ein Zug ging. Es wurde rasch nach einem Automobil telephoniert, es kam sofort, und ohne dem [illegible] eine Erklärung zu geben, sprang der Advokat hinein und fuhr zum Bahnhof. Als er auf den Bahnsteig hinauskam, kam er gerade zeitig genug, um den Zug an den letzten Signalstangen verschwinden zu sehen — und da stand er, atemlos und verwirrt. Was sollte er jetzt machen.

Er war keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß er einen Versuch machen müsse, den Räubern zu erreichen, aber wie? Der Fahrplan, den er wieder hervorzog, bestätigte ihm nur, daß an diesem Abend keine Züge mehr zum Badeort gingen. Die Vorstellung, daß Gefahr drohe, war indessen so stark in ihm, daß er beschloß, alles zu versuchen, um nach Hause zu kommen. Vor dem Bahnhof warteten eine Menge Automobile. Er musterte sie, und eines machte ihm einen besonders vertrauenerweckenden Eindruck. Es war groß und schlank und schien recht kräftig zu sein.

Er ging zum Chauffeur und fragte:

„Wann können Sie im Bad Trinacria sein?"

Der Chauffeur sah ihn forschend an.

„Das ist eine lange Tour", antwortete er zögernd.

„Einerlei", antwortete der Advokat, „ich habe Sie gefragt, wann Sie dort sein können."

Der Chauffeur war offenbar nicht sehr willig, die Fahrt zu machen.

„Die Wagen leiden furchtbar auf diesen [illegible]", sagte er, „außerdem ist es sehr dunkel, und es wird eine teure Fahrt".

„Wieviel?"

„Unter hundert Kronen kann ich es nicht machen."

„Wann können Sie für einhundertfünfzig Kronen dort sein?"

Das Gesicht des Chauffeurs belebte sich.

„Hallo", rief er, indem er vom Wagen sprang, „wenn es Geld dabei zu verdienen gibt, bin ich der letzte, der nein sagt. Wenn Sie mir hundertfünfzig Kronen geben, werde ich Punkt ein Uhr dort sein."

Der Advokat warf einen Blick auf die andern Wagen.

„Das ist zu spät", sagte er.

„Ich könnte wohl schneller fahren, aber —"

„Was, aber —"

„Es kostet Strafe, wenn ich zu schnell fahre, und außerdem kann der Wagen dabei draufgehen."

Der Advokat zog seine Visitenkarte aus der Tasche, und indem er sie dem Chauffeur gab, sagte er:

„Ich übernehme das Risiko für den Wagen und bezahle die Strafe."

Gleichzeitig drückte er dem Chauffeur einige Geldscheine in die Hand. Das entschied die Sache.

„Gut, ich werde versuchen, um zwölf dort zu sein", antwortete der Chauffeur, stieg in den Wagen und ergriff das Steuer.

Zwölf Uhr, dachte der Advokat, das ist gut, das ist die Mitternachtsstunde, die Stunde der Verbrecher. Vielleicht komme ich noch rechtzeitig. Jedenfalls konnte er nicht schneller kommen, und er hatte keine Ruhe in der Stadt zu bleiben. Er wollte es versuchen. Gleich darauf sauste das Auto über die Landstraße. Leute drehten sich um und sahen ihm nach und wunderten sich über die enorme Schnelligkeit. Einige Schutzleute notierten die Nummer des Autos. Es schien eine teure Fahrt werden zu sollen.

Hier finde ich folgende aufklärende Notiz in Asbjörn Krags Papieren:

„Die Autofahrt kostete mit Strafen, Reparaturen und allem 650 Kronen."

Während dies in Kopenhagen vor sich ging, herrschte vollkommene Ruhe in dem Badeort, und nichts geschah, was darauf deutete, daß etwas Besonderes im Anzuge sei.

Der Polizeileutnant spazierte mit Frau Sonja und nahm ihr noch einmal das Versprechen ab, daß sie ihn um zwölf Uhr empfangen sollte. Der Grund dieser späten Zusammenkunft ist noch immer ein Geheimnis; aber wir haben ja die beiden Erklärungen, an die wir uns halten können, und wir neigen der Auffassung zu, daß Frau Sonja den Polizeileutnant so spät empfangen wollte, weil sie ihm dann ungestörter eine Erklärung für ihre merkwürdige Angst beim Anblick des Apachen mit dem blauseidenen Halstuch geben konnte. Das, was später geschah, beweist auch mit Bestimmtheit derartig, daß dies der Grund war.

In dem düsteren „Café Babalon" war es den ganzen Nachmittag still und friedlich gewesen. Die Menschen, die [illegible] dort verkehrten, waren offenbar müde nach den Vergnügungen des vorigen Tages. Der Wirt ging gelangweilt umher und spähte nach Gästen aus. Endlich gegen Abend kamen ein paar Gäste vom vorhergehenden Tage. Es waren die beiden fremdartig aussehenden Personen. Sie schienen beide mit dem Zuge gekommen zu sein, denn sie kamen unmittelbar nach Ankunft des Zuges im Kruge ein. Eigentlich war nur der eine von ihnen mit dem Zuge gekommen, der andere war ihm entgegengegangen; es waren der Mann mit dem Halstuch und sein Kamerad. Sie setzten sich still in eine Ecke und bestellten sich Schnaps. Es hatte den Anschein, als ob sie wichtige Geschäfte miteinander zu verhandeln hätten, denn sie sprachen sehr leise. Der Wirt erlaubte sich einmal, ihrem Gespräch zu lauschen, und bemerkte, daß sie eine komische Sprache redeten, die weder dänisch noch schwedisch noch deutsch war, die aber etwas an die Sprache erinnerte, die von den eingewanderten Polacken auf den Gehöften gesprochen wurde. Daraus schloß der Wirt, daß sie Polacken wären, die in die Gegend gekommen seien, um Arbeit zu suchen. So sahen sie auch aus.

Inzwischen verstrich die Zeit. Da bezahlten die beiden Polacken, erhoben sich und gingen fort. Der Wirt sah ihnen nach. Sie verschwanden zwischen den dunklen Bäumen. Die Uhr war jetzt elf. Zu dieser Zeit saß der Polizeileutnant in seinem Hotelzimmer und zählte die Minuten. Auf den öden und dunklen Landstraßen in Nordseeland fuhr das Automobil des Advokaten in rasender Eile dahin. Die Uhr ging auf zwölf. Die Mitternachtsstunde näherte sich. Der Polizeileutnant verließ sein Hotelzimmer. In der Villa waren die Dienstboten zu Bett gegangen. Durch die Fenster in Frau Gabes Boudoir leuchtete die dunkelrote Ampel. Der Advokat fuhr und fuhr auf weiten Landstraßen.

Und hier finde ich wieder die Frage in Asbjörn Krags Notizen:

„Wo waren jetzt die beiden Apachen?"

Neuntes Kapitel.

Während der Advokat wie ein Rasender über die Landstraße fuhr, sah er die ganze Zeit auf seine Uhr. Er wurde immer nervöser, und das Gefühl, daß er machtlos sei, machte ihn beinahe verrückt. In seinem erregten Zustand gaukelte er sich allerhand Schreckbilder vor. Er erinnerte sich, daß er einmal in einer französischen Zeitung von solch einem Ueberfall, wie er ihn sich vorstellte, gelesen hatte. Es war an einem einsamen Ort, und die Frau war allein zu Hause. Aber sie hatte ein Telephon und konnte von Augenblick zu Augenblick ihrem Mann in Paris von dem Gang des Ueberfalls berichten, von dem Erscheinen der Räuber, bis sie schließlich den Hörer loslassen mußte, weil die Mörder über ihr waren. Sollte er so etwas erleben? Der arme, gequälte Mann jagte den Chauffeur vorwärts, und der Chauffeur, der begriff, daß es etwas sehr Wichtiges sei, steigerte das Tempo des Wagens bis zum Fabelhaften. Dies sollte sich indessen rächen und das Seinige dazu beitragen, daß die Ereignisse solch merkwürdigen Verlauf nahmen.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten

Die Auszahlung der Erwerbslosenbeihilfe.

Am 7. März hat der Volkstag bekanntlich auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, daß alle Erwerbslosen, die innerhalb des letzten Monats 21 Tage erwerbslos gemeldet sind und ihre Arbeit nicht durch eigenes Verschulden verloren haben, eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe nach folgenden Grundsätzen erhalten: 1. für Verheiratete 50 Gulden. Hierzu tritt ein Zuschlag für jedes einzelne Kind von 5 Gulden; 2. für Unverheiratete über 21 Jahre 35 Gulden, unter 21 Jahren 25 Gulden.

Das Gesetz ist vom Senat veröffentlicht worden, zugleich werden die Ausführungsbestimmungen dazu bekanntgegeben. Als arbeitslos gemeldet im Sinne des Gesetzes gilt nur derjenige, der ordnungsmäßig seine Vormerkkarte bei dem zuständigen Arbeitsamt hat stempeln lassen oder sich bei der Kontrollstelle der Gemeinde gemeldet hat. Nicht darunter fallen solche Personen, die sich nicht generell zwecks Zuweisung von Arbeit, sondern nur in der Erwartung der Vergebung bestimmter Erwerbsgelegenheit oder nur zur Erlangung einer anderen Stelle gemeldet haben; ferner diejenigen Personen, die nur einen Teilerwerb oder einen Aushilfserwerb (Stundenarbeit) suchen.

Nicht berücksichtigt werden sollen diejenigen Tage, an denen der Arbeitslose infolge eigenen Verschuldens arbeitslos gewesen oder geblieben ist. Die im Gesetz bestimmte einmonatliche Frist umfaßt 31 Tage, rückwärts gerechnet vom Tage der Verkündung des Gesetzes, also dem 11. März, an. Es können auch die Tage, an denen der Empfänger Arbeit hatte, soweit nur nicht die zulässige Zahl überschritten wird, am Schluß der einmonatlichen Frist liegen, so daß auch ein schon wieder in Arbeitstehender Beihilfe erhalten kann. Bedürftigkeit ist nicht Voraussetzung für die Gewährung der Beihilfe. Die Empfänger einer Teilunterstützung sind den Beziehern der Vollunterstützung gleichzustellen.

Als Kind im Sinne dieses Gesetzes gilt nur ein Kind unter 14 Jahren. Den ehelichen Kindern werden uneheliche gleichgestellt, wenn der Erzeuger die Vaterschaft anerkannt hat oder zum Zahlen der Unterhaltsbeiträge rechtskräftig verurteilt ist, sowie seiner Unterhaltspflicht nachkommt.

An Empfänger der Erwerbslosenunterstützung wird die Beihilfe, ohne daß es der Stellung eines Antrages bedarf, bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen bezahlt. Alle sonstigen empfangsberechtigten Personen (wieder in Arbeit stehende Personen) haben sich mit einem mündlichen Antrag bei dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis (Arbeitsamt) zu melden. Ueber den Antrag auf Gewährung der Beihilfe entscheidet die Gemeindeverwaltung. (Erwerbslosenfürsorgestelle), durch die auch die Zahlung erfolgt. Der Antrag auf Bewilligung der Beihilfe muß bis zum 1. April 1924 gestellt sein. Nach diesem Zeitpunkt sollen Anträge nicht mehr berücksichtigt werden. Beschwerden gegen die Entscheidung der Gemeindeverwaltung (Erwerbslosenfürsorgestelle) gehen an den zuständigen Fürsorgeausschuß.

Die durch das Gesetz entstehenden Kosten trägt der Freistaat. Mit der Auszahlung der Beihilfe ist bereits am Mittwoch begonnen worden.

Schneeschuhlaufen im Walde.

Die Forstverwaltung bittet uns, darauf hinzuweisen, daß die Schneeschuhläufer bei ihrer fröhlichen und gesunden Betätigung im Walde nur solche Flächen und besonders Abhänge wählen möchten, auf denen durch die Schneeschuhe, den mit großer Mühe und Kosten erzogenen jungen Waldpflanzen kein Schaden zugefügt wird.

Aus dem tiefen Schnee ragen die Spitzen der jungen Kiefern und anderer Waldpflanzen noch gerade hervor und werden bei der scharfen Talabfahrt nur zu oft, wenn auch ohne jede böse Absicht erbarmungslos geköpft. Die großen Kahlschlagflächen im Olivaer Walde, auf denen langsam die Bäumchen wieder heranwachsen, leiden gegenwärtig sehr unter diesen ungewollten Beschädigungen.

Die Schneeschuhläufer, die ja doch alle Naturfreunde sind, werden daher dringend gebeten, bei Ausübung ihres Sportes an den Schutz der Kulturen zu denken. Sie vermeiden damit Beschädigungen der jungen Forstpflanzen und schützen sich selbst vor Aerger und Strafe, da das Betreten der Schonungen im Sommer und Winter gleichermaßen verboten ist.

Die Zeit der Arbeitslosen. Es ist bedauerlich genug, daß die Arbeitslosen vielfach genötigt sind, ihre Zeit nutzlos zu verbringen. Man sollte ihnen wenigstens die Möglichkeit lassen, ihre Zeit im eigenen Haushalt auszunutzen. Statt dessen müssen sie täglich lange Zeit wegen der Abkommandierung usw. warten. Von den weiblichen Arbeitslosen wird jetzt verlangt, daß sie sich täglich auf dem Arbeitsamt in einem Raume von ½9 bis 1 Uhr untätig aufhalten, um vorgestellt werden zu können, wenn sich jemand eine Arbeitskraft aussuchen will. Die Arbeitslosen widerstreben dieser Anordnung, die sinnlos macht. Die Weigerung wird als Arbeitsverweigerung angesehen, die eine Entziehung der Arbeitslosenunterstützung zur Folge haben soll.

Die erhöhten Vorauszahlungen für 1924 sind nur von denjenigen Lohn- und Gehaltsempfängern zu leisten, die im Kalenderjahr 1923 einen besonderen Bescheid erhalten haben, und zwar lediglich nach Maßgabe dieses Bescheides, so schreibt uns der Leiter des Landessteueramtes. In der diesbezüglichen Bekanntmachung vom 22. Februar 1924 fehlte dieser Zusatz.

Die Erhebung von Fährgeldern. Auf eine diesbezügliche Kleine Anfrage im Volkstag hat der Senat folgendes mitgeteilt: Der Senat hat sich genötigt gesehen, sämtliche bisher im Freistaat unentgeltlich betriebenen Fähren in entgeltliche umzuwandeln. Die Kosten für den Betrieb der Fähren haben einen derartigen Umfang angenommen, daß der Staat nicht in der Lage war sämtliche Mittel allein aufzubringen. Die Kosten für den Betrieb der Fähren im Gebiet der Freien Stadt Danzig belaufen sich auf etwa 115 000 Gulden. Durch die eingeführten Tarife soll nur ein Teil dieser Unkosten etwa 42 000 Gulden durch die Fährbenutzer gedeckt werden. Wenn bisher die Fähre zwischen der Westerplatte und Neufahrwasser unentgeltlich betrieben wurde, so besteht dennoch kein Rechtsanspruch auf die freie Benutzung der Fähre. Der preußische Hafenbaufiskus hat stets einen solchen Rechtsanspruch verneint.

Unfälle im Freihafen. Der 28 Jahre alte Hafenarbeiter Eduard Krajewski aus der Weinbergstraße in Schidlitz war gestern morgen im Hafen mit dem Verladen von Salpeter beschäftigt; von einem herabfallenden Sack wurde Kr. dabei so unglücklich getroffen, daß er mit einem Unterschenkelbruch ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — Von einem weiteren Unfall, ebenfalls beim Verladen von Salpeter, wurde der Hafenarbeiter Joh. Hirsch aus Brösen betroffen. Durch das Umschlagen des Krans erlitt er eine schwere Brustquetschung.

Der städtische Eierverkauf. Wie das Ernährungsamt in der heutigen Nummer unserer Zeitung bekannt gibt, findet genannte Trinkeier) zum Preise von 1,50 Gulden für die Mandel im Ernährungsamt, Wiebenkaserne, Flügel D, Eingang Poggenpfuhl, 1. Obergeschoß, Zimmer 1—8, statt. Außerdem werden diese Eier im Hausfrauenbund (Frau Richter), Langfuhr, Rickertweg Nr. 11, und bei Frau Wiebe, Neufahrwasser, Olivaer Straße, verkauft.

Der beleidigte Finanzsenator.

Die stiefmütterliche Behandlung einer Deputation.

Ein „hochpolitischer" Beleidigungsprozeß kam gestern vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Angeklagt waren die Herren Rektor Dienerowitz, Kaufmann Karl Steinbrück und Kaufmann Gustav Illmann in Danzig wegen Beleidigung des Senators Dr. Volkmann. Die genannten Personen waren vom Schutzverband der Besitzer von Danziger Stadtanleihen beauftragt, bei Senator Dr. Volkmann wegen einer gewünschten Aufwertung der Stadtanleihepapiere vorstellig zu werden. Sie begaben sich am 15. 12. 23 ins Senatsgebäude. Senator Volkmann ließ den Herren aber durch das Fräulein im Vorzimmer sagen, daß er sehr bedaure, sie heute nicht sprechen zu können, da er zu stark besetzt sei. Er hoffe aber am 17., vorm. 10.20 Uhr Zeit zu haben; aber auch nur auf zehn Minuten, da er nachher zu einer Sitzung müsse. Die Herren fanden sich denn auch zu der in Aussicht genommenen Stunde ein. Der Herr Finanzsenator war wiederum stark in Anspruch genommen und ließ ihnen um 11.05 Uhr sagen, daß er noch eine kurze Sitzung habe und dann zur Verfügung stände. Die Herren warteten bis 11.35 und gingen dann fort. Am 24. Dezember schrieben die drei Herren als geschäftsführender Ausschuß an Senator V. wegen der nicht zustande gekommenen Besprechung einen Brief. Darin kam folgender Satz vor: „Wir sind über die Form, in welcher Sie als Beamter der Freien Stadt Danzig mit den Bürgern dieser Stadt umgehen zu können glauben, verletzt und müssen von Ihnen zum mindesten die Wahrung von Umgangsformen erwarten, wie sie der Anstand erfordert. Ihr Verhalten ließ aber nicht nur die üblichen Umgangsformen vermissen, sondern ist als direkt beleidigend anzusehen. Eine Entschuldigung Ihrerseits ist nachher bei uns nicht eingegangen." Senator V. legte den Brief dem Senat vor, der beschloß, Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen.

In der Verhandlung erklärten die drei Angeklagten, keine beleidigende Absicht gehabt zu haben. Sie hätten sich nur durch das vergebliche Warten verletzt gefühlt. Senator Volkmann erklärte als Zeuge, daß es ihm sehr leid tat, daß er die Herren, die er nicht kannte, nicht empfangen konnte, weil er zu stark besetzt war. Wenn die Herren wiedergekommen wären, hätte er sich bei ihnen nochmals entschuldigt. Eine schriftliche Entschuldigung zu schicken, hielt er nicht für dringend erforderlich. Der ihm gemachte Vorwurf habe ihn tief verletzt. Zur Illustration teilte der Zeuge mit, daß er sogar Drohbriefe erhalten habe, die an das Vorgehen gegen Erzberger und Rathenau erinnern. Zu einem vom Vorsitzenden angeregten Vergleich hielt Senator Volkmann sich nicht für befugt, da der Strafantrag vom Senat ausgegangen ist. Die Angeklagten hatten gegen einen Strafbefehl über 100 Gulden Einspruch erhoben und baten um Freisprechung, da sie in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hätten. Der Amtsanwalt beantragte je 500 Gulden Geldstrafe wegen Beleidigung. Das Urteil lautete auf je 50 Gulden Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde gesagt: Es geht zu weit, wenn die Angeklagten eine schriftliche Entschuldigung des Finanzsenators erwarteten. Er sei außerordentlich stark beschäftigt und habe dafür keine Zeit. Die Angeklagten seien in dem Brief über das berechtigte Maß hinausgegangen.

Familienabend der S.P.D. Langfuhr. Einen Familienabend veranstaltet der Bezirk Langfuhr der S.P.D. am Sonnabend, den 15. März, im großen Saale des Kleinhammerparkes. Das Programm ist sehr reichhaltig, da sämtliche Vereine der freien Arbeiterbewegung mitwirken. Die Turner Sänger und die Arbeiter-Jugend werden mit ihren Darbietungen aufwarten. Gen. Loops hat ernste und heitere Vorträge übernommen. Die Parteigenossen mit ihren Angehörigen sowie die Angehörigen der mitwirkenden Vereine werden zu zahlreichem Besuch eingeladen. Arbeitslose Genossen haben gegen Vorzeigung der Stempelkarte freien Eintritt. Der Anfang ist auf 7 Uhr festgesetzt, Kassenöffnung 6½ Uhr.

Kommunale Organisation des Wohnungsbaues. Der Berliner Magistrat beantragt die Regelung aller mit dem Wohnungsneubau zusammenhängenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen einer städtischen Gesellschaft, Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H., zu übertragen. An der neuzugründenden Gesellschaft, die nur vom öffentlichen Kapital finanziert wird, soll sich auch der Staat Preußen beteiligen. Der Aufsichtsrat wird aus je drei Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und der preußischen Staatsverwaltung gebildet. Der Vorsitzende wird vom Berliner Magistrat ernannt. Als Stammkapital bringt die Stadt Berlin die Vorräte ihrer Baustoffabteilung im Werte von 820 000 Goldmark, sowie einen wertbeständigen Kredit von 400 000 Goldmark ein. Eine Beteiligung von Privatkapital ist nicht vorgesehen. Die Gesellschaft soll einen rein gemeinnützigen Charakter tragen. Sie wird die Aufgabe erhalten, die wirtschaftliche Verwendung und Investierung der für Neubauzwecke von der Stadt aufgebrachten Mittel zu gewährleisten.

Aus der Tätigkeit einer Arbeitnehmerkammer. Im Freistaat Bremen bestehen seit dem Jahre 1922 als gesetzliche Interessenvertretungen der Arbeitnehmerschaft eine Arbeiter- und eine Angestelltenkammer. Von der Angestelltenkammer liegt jetzt der Geschäftsbericht für das Jahr 1923 vor. Eine eingehende Behandlung erfährt in dem Bericht die Lage der bremischen Angestelltenschaft. Wiederholt beschäftigte sich die Kammer mit der schlechten Entlohnung der Angestellten, nahm Stellung zu wichtigen Gesetzesvorlagen, zu denen eingehende Gutachten abgegeben wurden, die die Mängel und Schäden der Vorlagen bloßlegten und Abänderungsvorschläge enthielten. Besonders wichtig ist auch, daß die Bremer Angestelltenkammer den von der Reichsregierung ausgearbeiteten Entwurf zur Revision der Seemannsordnung einer kritischen Würdigung unterzogen hat. Dieser Entwurf wurde den besonders hieran interessierten Wirtschaftskreisen zur Beachtung vorgelegt, nur der Bremer Angestelltenkammer nicht. Die Kammer machte jedoch von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch und gab unaufgefordert ein Gutachten zu dem Entwurf ab. Alles in allem zeigt der Bericht, daß die Bremer Angestelltenkammer als gesetzliche Vertreterin der bremischen Angestelltenschaft im Verein mit der Arbeiterkammer äußerst wertvolle Arbeit leistet.

Standesamt vom 12. März 1924.

Todesfälle: T. des Oberwachtmeisters Bladislaus Krüger, 1 J. 1 M. — Frau Johanna Bork geb. Rosenthal, 60 J. 7 M. — S. des Arbeiters Hugo Beyer, 5 M. — Berufsinvalide Georg Drenger, fast 75 J. — Invalide Eduard Lewandowski, 82 J. 5 M. — T. des Arbeiters Johann Duda, angeblich 15 Jahre. — Maschinist Johann Schwenhoff, 72 J. 10 M. — S. des Zimmermanns Heinrich Betzke alias Witzki, 10 M. — Frau Gertrud Schulz geb. Rickert, 50 J. 11 M. — T. des Monteurs Ernst Ewel, 5 J. 7 M. — Destillateur Gustav Ostrowski, 43 J. 6 M. — Unehelich 2 S. —

Wirtschaft, Handel, Schiffahrt

Die deutsche Auswanderung im Jahre 1923. Im Jahre 1923 sind über Hamburg unmittelbar oder mittelbar ausgewandert 136 118 Personen, darunter 78 604 Deutsche mit 8285 Familien. Nach Berufen gliedern sich die deutschen Auswanderer in 8205 Angehörige der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei, 23 112 Angehörige des Bergbaues, des Gewerbes und der Industrie, 13 670 Angehörige des Handels, des Versicherungswesens und des Verkehrs, 7827 Hausbedienstete, 3866 Beamte und Angehörige freier Berufe und 17 288 Rentner, Berufslose oder nachgereiste Familienmitglieder. Nach England wanderten aus 1210, nach dem übrigen Europa 4245, nach Kanada 476, nach den Vereinigten Staaten 57 601, nach Mexiko und Zentralamerika 877, nach Westindien 217, nach Brasilien 8175, nach Argentinien 7401.

Kohlenpreisherabsetzung in Polen. Wie die „Gazeta Warszawska" meldet, haben die Industriellen von Dombrowa die Kohlenpreise um weitere 10 Prozent herabgesetzt. Eine noch größere Herabsetzung wird für die polnisch-oberschlesische Kohle erwartet. Im Hinblick auf die Anfang Februar erfolgte Kohlenverbilligung um 20 Prozent würde der Preis für die polnische Kohle sich niedriger stellen als die Weltmarktpreise.

Die Zahl der Arbeitslosen in Polen beträgt gegenwärtig 114 000, mithin etwa 12 Prozent der gesamten Arbeiterzahl Polens.

Die Bewertung des Schweizer Franken. In der Generalversammlung der Eidgenossenschaftsbank erklärte der Präsident des Verwaltungsrates v. Wattkirch zum Stande der schweizerischen Währung u. a. folgendes: „Angesichts des Umstandes, daß seit einiger Zeit der Dollar in der Schweiz ein Agio von 10—11 Prozent aufweist, sei im Auslande und in der Schweiz von einer Entwertung des schweizerischen Franken gesprochen worden. Das erwähnte Agio bestehe in sämtlichen Ländern mit gesunder Währung. In der Schweiz liegt die Ursache hierfür darin, daß die während des Krieges in die Schweiz geflüchteten ausländischen Gelder nunmehr nach der Konsolidierung der Verhältnisse im Auslande wieder abgewandert seien, um anderswo angelegt zu werden, ferner in der Tatsache, daß heute die ganze Welt Dollars kauft. Eine Inflation bestehe in der Schweiz nicht, trotz des anscheinend hohen Notenumlaufes. Die Metalldeckung sei durchschnittlich prozentual höher als vor dem Kriege. Die Finanzlage der öffentlichen Verwaltung der Schweiz hat sich bedeutend gebessert; sie könne also ebenfalls keinen Anlaß mehr zu einer geringeren Bewertung des Schweizer Franken bilden.

Die Goldbestände der Vereinigten Staaten. Der Goldvorrat der Vereinigten Staaten hat 1923 um 294 Mill. Doll., d. h. um 56 Millionen mehr als im Vorjahr, zugenommen. Die inländische Goldproduktion — die größte seit 1919 — hatte einen Wert von 51 Mill. Doll. Die Goldbestände des amerikanischen Schatzamtes haben sich von 3933 Mill. Doll. Ende 1922 auf 4247 Mill. Doll. erhöht, was ungefähr einer Quote von 50 Prozent des gesamten Goldvorrats der Welt entspricht. Die von manchen Kreisen infolge des Goldzuflusses erwartete Preisinflation ist 1923 ausgeblieben. Der größte Teil des Goldeinfuhrüberschusses ist von den Bundesreservebanken zur Verstärkung ihrer Reserven verwendet worden.

Erhöhung der rumänischen Zölle. Die rumänische Regierung befaßt sich mit einer allgemeinen Erhöhung der Importzölle. Die neue Zollerhöhung soll so bedeutend sein, daß durch sie der Import von Artikeln, die auch im Inlande erzeugt werden, vollkommen unmöglich gemacht werden soll. In erster Reihe ist die Erhöhung der Importzölle für Textilien, Schuhe, Papier, Glas, Möbel und für Waren aus Horn geplant. Das starke Sinken des Leikurses hat es mit sich gebracht, daß die Einfuhrzölle, die noch im Jahre 1921 hoch genug waren, um die einheimische Industrie zu schützen, mit dem Sinken des Lei nicht mehr ausreichenden Schutz boten. Besonders war dies in der Schuh- und der Textilindustrie der Fall, da in letzter Zeit ein starker Import an Schuhen und Textilien zu verzeichnen war.

Der Ausbau der Kriegswerft in Libau. Die Libauer Kriegshafen-Werkstätten bauen zurzeit vor allem Motorboote, Eisenbahnlokomotivkessel, Dampfkessel für die Rigaer Elektrizitätswerke, Hebekräne, landwirtschaftliche Geräte wie Pflüge und Eggen, Automobilteile usw. Nachdem im vorigen Jahre nur Reparaturen von Schiffen vorgenommen wurden, soll der Betrieb in diesem Jahre mit Hilfe ausländischen Kapitals erweitert werden. Vor allem ist geplant, den Bau von Schiffen in Angriff zu nehmen. Ausländisches Kapital hofft die Direktion auch zum Ausbau einer Schmalspurbahn Libau—Goldingen heranziehen zu können, die dem Antransport des für den Betrieb erforderlichen Holzmaterials dienen soll. Die Anlegung einer Mühle in Plotze, die mit Generator-Torfgas betrieben wird, stellt die erste praktische Ausnutzung des dortigen Torfs dar, der in Zukunft auch zur Herstellung von Torfbriketts verwandt werden soll.

1336 Schiffe unter dem Hammer. Das Schiffahrtsamt der Vereinigten Staaten wird am 14. März 1336 Schiffe öffentlich versteigern. Neuyorker Zeitungen nennen das „unsere ganze Handelsflotte" und sprechen von dem vollkommenen Fiasko der amerikanischen Schiffahrtsbestrebungen, die im Kriege so bedeutsam einsetzten. Unter den Schiffen befinden sich auch die riesigen deutschen Passagierdampfer, die an Amerika abgetreten werden mußten, der „Leviathan" und seine Schwesterschiffe. Das Amt hat sich bereit erklärt, weniger als 30 Dollar für die Tonne zu nehmen, ein Preis, der früher als Mindestsumme angesetzt wurde. Aber man zweifelt, ob sich überhaupt für Schiffe wie den „Leviathan", den die Amerikaner nicht zu navigieren verstehen, Käufer finden werden.

Der erste sowjetrussische Dampfer in Paris. In Paris ist der erste russische Dampfer unter der Sowjetflagge im Hafen vor Anker gegangen, wo er eine Getreideladung ausschiffen wird.

Amtliche Börsennotierungen.

Danzig, 12. 3. 24

1 Million poln. Mark: 0,60 Danziger Gulden.
1 Rentenmark 1,31 Gulden.

Berlin, 12. 3. 24.

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 12. März. (Amtlich.)
In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 11,00—11,25. Roggen 7,55—7,85. Gerste 7,50—7,85. Hafer 7,25—7,50.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gebl u. Co., Danzig.

Städtischer Eierverkauf.

Der Verkauf von Eiern bester Qualität (sogenannte Trinkeier) zum Preise von 1,50 G für die Mandel findet auch weiterhin im Ernährungsamt, Wiebenkaserne, Flügel D, Eingang Poggenpfuhl, I. Obergeschoß Zimmer 1–3 statt. (12271

Außerdem werden die Eier auch in der Verkaufsstelle des Hausfrauenbundes (Frau Richter), Langfuhr, Rickertweg 11, und bei Frau Wiebe, Neufahrwasser, Olivaer Straße verkauft.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Heute, Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert.

So'n Windhund

Schwank in 3 Akten von Curt Kraatz und Arthur Hoffmann. In Szene gesetzt von Heinz Brede.

Fürst Willibald XXVIII . . . . Hermann Weiße
von Gesenius, Hofrat . . . . . Gustav Nord
Werner, Rechnungsrat . . . . . Ferdinand Neuert
Kesternich, Kanzleirat . . . . . Carl Kliewer
Dittmar, Bauunternehmer . . . Erich Sterneck
Amalie, seine Frau . . . . . Frieda Regnald
Emilie Ferber, Ottilie, Wanda, seine Töchter: Flory Heine, Setty Nagel, Erika Fels
Ferber, Rechtsanwalt . . . . . Karl Heinz Stein
Stöger, Hilfslehrer . . . . . Fritz Blumhoff
Dr. Winternitz . . . . . Reginald Baiz
Lina Schwarz, Cornelie Lindenblüth, Schauspielerinnen: Erna Friederichs, Jenny von Weber
Frau Werner . . . . . Friede Werner
Frau Kesternich . . . . . J. Prost-Galleiske
Kirschbaum, Kammerdiener des Fürsten . . . . . Walt. Kraushaar
Klara, Zimmermädchen . . . . Hedi Quitschorra
Ein Dienstmann . . . . . Emil Werner

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9¼ Uhr.

Freitag, 14. März, abends 7 Uhr: Dauerkarten Serie 3. „Weh' dem, der Lügt". Lustspiel.

Großer Schützenhaussaal

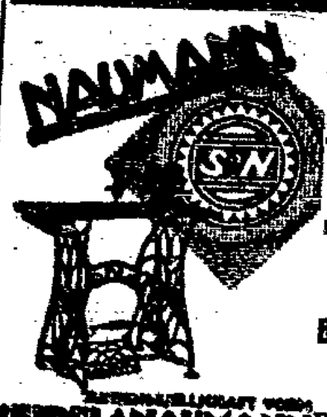
Montag, den 17. März, abends 7½ Uhr:

Chorkonzert des Danziger Männerchors

(Melodia-Sängerbund) Leitung: Reinhold Koenenkamp.
I. Alte Volksweisen, II. Fr. Schubert, III. M. Stange, Kaun, Hegar.
Solisten: Margot Brunzen, Käthe Paczia (Sopr.)
Elsa Jacob-Knochenhauer (Klavier)
Uraufführung von Koenenkamp: 4 Duette für 2 Sopr. mit Klavier.
Karten zu 3, 2, 1 G bei Lau, Langgasse 71 und im Bureau der Freien Volksbühne, Paulgraben 11/12. (12261
Blüthnerflügel, Magazin Gerh. Richter, Jopengasse 11 (Geyer).

Unter Preis!

Herren-Anzüge beste Verarbeitg. 75, 60, 54, 45, 38, 26 u. a.
Hosen elegant gestreift 12.50, 9.50, 7.50, 5.50
Burschen-Anzüge, Herren-Mäntel, besonders billig!
Gewähre außerdem 10% Rabatt
Berliner Konfektions-Vertrieb
Jopengasse 27
Bessere Herrenbekleidg.



Naumann-Nähmaschinen

für Familie, Gewerbe und Industrie
nähen vor- und rückwärts
sticken und stopfen
Alleinvertrieb durch:
Bernstein & Comp. G. m. b. H.
Danzig, Langgasse 50
Reparaturen billigst
Bequeme Teilzahlung gestattet

SEIDEL & NAUMANN DRESDEN

Tabakwaren-Großhandlung

Haustor 8

Ecke Altstädtischer Graben

11778

Bill. zu verkaufen:

Bettgestell (breit) m. Federmatratze, Vertiko, kl. nußb. Schränkchen, Wanduhr, Handnähmaschine, Bilder, Nippsachen billig zu verkaufen. Langfuhr, Hauptstraße 8, pt. links. (†

Geige mit Kasten

zu verkaufen. (†
Wallgasse 5, pt.

2-röd. Handwagen

für ein Geschäft passend, zu verkaufen. Troyl, Wickertstr. 25, 1 Tr. r. (†

Milchziege

(auch tragende) zu kaufen gesucht. Offerten unter V 1985 an d. Expedition der Volksstimme (†

Achtung! **Hausfrauen!** Billig!

Freitag und Sonnabend:

Schweinefleisch . . . . . 0.90 – G
Kalbfleisch . . . . . 0.50, 0.60, G
Rindfleisch . . . . 0.50, 0.60, 0.70 G
Hammelfleisch . . . . 0.60 – 0.70 G

Markthalle, Stand 36,
nur im Keller.
Balda vorm. Fischer. (12271

Danziger Konzertvereinigung

Stadttheaterorchester Schutzpolizeikapelle, Verein ehemal. Militärmusiker, Danziger Lehrer-Gesangverein und sein Frauenchor, Danz. Sing-Akademie

Dienstag, den 18. März 1924, abends 7½ Uhr, im Schützenhause

5. Symphonie-Konzert

Zum ersten Male in Danzig

Gustav Mahler.

Dritte Symphonie

für großes Orchester, Altsolo, Frauen- u. Knabenchor

Ausführende:

Dr. Fritz Stiedry,

bisher 1. Kapellmeister der Berliner Staatsoper.
Altsolo: Grete v. Geyer, vom hiesigen Stadttheater.
Orchester: 95 M. stärk. — Frauenchor des Danziger Lehrer-Gesangvereins u. d. Danziger Sing-Akademie. Knabenchor von d. St. Katharinenschule (Gesangleiter: Herr W. Brommer).

Karten zu G 6.50, 5.50, 3.50 u. 2.00 bei H. LAU, Langgasse. Die an dem abgesagten Fiedry-Konzert gelösten Karten haben ohne Nachzahlung Gültigkeit. Sämtliche Veranstaltungen der D. E. V. finden zu Gunsten kultureller bezw. wohltätiger Zwecke statt. (12266

Ganz Danzig

und Umgegend

staunt

über meine

enorm billigen Preise!

Herren-Anzüge aus guten Stoffen . . . . . 19 G 22 G
Herren-Anzüge in modernen hellen u. dunkl. Stoff. u. gut. Sitz 26 G 28 G
Herren-Anzüge eleg., mod. Fass., best. Stoff. u. Futters. 32 G 38 G und höher
Burschen-Anzüge in allen Größen u. Farben 16 G 20 G und höher
Konfirmanden-Anzüge in blau und schwarz . . . . . von 22 G an
Gummi- und Schwedenmäntel elegante Verarbeitung u. modernste Farben
Breeches-, Manchester-, Stoff- und Arbeitshosen zu wirklich staunend billigen Preisen
Blaue Schlosserjacken und **blaue Hosen** . . . . . 5.50 G
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten
Teilzahlung mit bequemer An- u. Abzahlung

Stein's Konfektionshaus
21 Hökergasse 21

Achten Sie bitte genau auf Namen u. Hausnummer

Wiedereröffnung!

Ich verkaufe wie bekannt

Herren-Anzüge
Schweden-Mäntel
Gummi-Mäntel
Hosen

1226?

zu staunend billigen Preisen!

Hermann Meyer

Breitgasse 28, 1. Etage
Ecke Goldschmiedegasse

Kredit

ist wieder da!

Bei kleiner Anzahlung können Sie **sofort mitnehmen!**

Elegante

Damenmäntel

und

Herrenanzüge

9 Lange Brücke 9

1224

Weißer Riesen- und Deutscher Riesen-Schecken-Klub für den Freistaat Danzig.

Jeden 2. Sonnabend nach dem 1. des Monats Mitgliederversammlung, 7½ Uhr abds., bei Eichbaum, Hundegasse. Züchter vorgenannter Rassen willkommen.

1226?

Der Vorstand.

Wulstmaschine

f. Klempnerei z. kaufen ges.
R. Huß, Zoppot
Wilhelmstr. 23, Tel. 348.

Suche ordentlichen Jungen **als Lehrling.**
Erich Kohn, Friseurmstr., Schneidemühle 1. (†

Klempnerei

für Neuarbeiten und Reparaturen. Polieranstalt.
Artur Winkler,
Poggenpfuhl 42. (†

Pensionierter Beamter sucht zeitweise

Beschäftigung.

Angeb. unter V 1987 an d. Exp. d. Volksstimme (†

Junges Mädchen

zu 2 Kindern per bald gesucht. (†
Weber, Langfuhr, Hildebrandtsweg 32.

Suche zum 15. 4. 24 eine

Bäckerei mit Wohnung

zu pachten. Mögl. in der Stadt, Langfuhr od. Oliva. Angebote unt. H. an die Exped. d. Volksstimme. (†

500 Gulden

gegen gute Zinsen für 1 Jahr von Beamten gesucht. Off. u. V. 1986 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Wegweiser für Behörden, Politiker und Geschäftsleute!

Politisches Handbuch der Freien Stadt Danzig

von E. Groß, Direktor beim Volkstag

Inhalt

1. Auszug aus dem Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 — 2. Bekanntmachung der Alliierten der Stadt Danzig — 3. Verfassung der Freien Stadt Danzig vom 11. Juni 1922 mit Anmerkungen — 4. Konvention zwischen der Republik Polen und der Freien Stadt Danzig vom 9. November 1920 — 5. Statistische Angaben und wichtigste Gesetzesstellen — 6. Geschäftsordnung für den Volkstag der Freien Stadt Danzig vom 21. Juli 1922 — 7. Zehn Jahre durch die Danziger Geschichte — 8. Amtliches Ergebnis der Wahlen vom 18. 11. 1923 — 9. Verzeichnis der Abgeordneten des Volkstages der 2. Wahlperiode (einschließlich gewählt mit biographischen Aufzeichnungen) — 10. Vorstand des Volkstages — 11. Fraktionen des Volkstages — 12. Ausschüsse des Volkstages und seine Einrichtungen — 13. Beschreibung des Volkstagsgebäudes — 14. Senat der Freien Stadt Danzig: a) Mitglieder, b) Staatsbehörden — 15. Uebersicht über die Liste der Abgeordneten im Schlesiengebiet

Zum Preise von 8 Gulden zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag

Buchhandlung J. Sehl & Co.
Danzig, Im Spendhaus 6 . . Telephon 2240

Beachten Sie

J. Piątek & Co.

Preiswerteste Bezugsquelle für

Delikatessen, Räucherwaren
Südfrüchte und Konserven

en gros :: en détail

Heilige-Geist-Gasse Nr. 1-2 (am Glockentor)
Telefon Nr. 6307 und 1960

1226?

Belieferung von Hotels, Dielen usw. zu Sonderpreisen.

der Auslagen — die Preiswürdigkeit

unserer 5 Schaufenster!